Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4969 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 271. Dienstag, den 20. November 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Rundlauf des Zentrums.

Links herum, rechts herum — die politische Drehscheibe des Zentrums gehorcht ihren Dirigenten ebenso, wie einst die der Nationalliberalen. Und ebenso dreht sie sich, seit das Zentrum Regierungspartei geworden ist, mehr rechts herum. Gerade wie bei den Nationalliberalen. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien besteht nur darin, daß das Zentrum in sozialpolitischen Dingen noch mehr heucheln muß, als die Nationalliberalen, denn es muß seine große Zahl von Arbeiterwählern geschickt an der Nase herumführen, wenn es dieses Gefolge bei den Wahlen nicht zu sehr zusammenschwinden sehen will.

Die gesammte Arbeiterversicherung, und alles, was man als Arbeiterschutz bezeichnet, würde viel vortheilhafter für die Arbeiter gestaltet sein, wenn das Zentrum, das in vielen Stücken den Ausschlag gab, nicht die schmählichsten Schwankungen bei den Berathungen im Reichstage gemacht hätte. Wie schmachvoll verzettelte das Zentrum alle für die Arbeiter vortheilhaften Anträge zur Gewerbeordnung in den Sessionen 1890—92! Es betheiligte sich zur Verhökerung des Arbeiterschutzes an dem Fünfmännerkartell, jener Subkommission im Reichstag, die extra zu diesem Zweck eingesetzt wurde; es hat sich der organischen Revision der Arbeiterversicherungsgesetze widersetzt mit der faulen Ausrede, es sei gegen die übrigen Parteien und die Regierung nichts zu erreichen, man müsse daher mit dem wenigen, wenn auch unzulänglichen, vorläufig fürlieb nehmen. Langsam, langsam voran — predigt Herr Hitze, der Sozialpolitiker des Zentrums, der obendrein von den Herren v. Hertling und Genossen gebremst wird.

Neuerdings sind nun aber dieser jesuitischen Politik einige Schwierigkeiten erwachsen. Die vom Zentrum gegründeten „christlichen“ Gewerkschaften müssen wohl oder übel etwas mehr für Arbeiterinteressen thun, als die katholischen Gesellen- oder sonstigen Vereine. Dadurch ziehen sie sich den Haß des Unternehmerthums zu. Für die Interessen des Unternehmerthums arbeitet aber das Zentrum ebenfalls, wie das subventionirte Reichsamt des Innern. Nur einige Kulissen mehr schiebt es vor, um dies den Arbeitern möglichst zu verhüllen. Sehr unangenehm ist ihm darum die christlich-gewerkschaftliche Agitation.

Der Unmuth darüber kam in dem bekannten Hirtenbriefe der preußischen Bischöfe zum Vorschein. Zum Unglück plauschte der Erzbischof zu Freiburg in seinem Begleitschreiben zu jenem Hirtenbrief die in demselben verdunkelten Absichten aus, nämlich der christlich-gewerkschaftlichen Agitation das Handwerk zu legen. Das hat manchen Arbeiterwähler des Zentrums stutzig gemacht und erzürnt. Erst gründete es diese Gewerkschaften und nun wird es die gerufenen Geister nicht wieder los. Da wird wohl der „heilige Vater“ in Rom helfen müssen.

Dr. Lieber war kürzlich beim „heiligen Vater“, der angeblich zum neuen Jahr eine Encyklica über die soziale Bewegung in die Welt gehen lassen will. Ob das päpstliche Sendschreiben die Rebellion im christlich-gewerkschaftlichen Lager beschwören soll? Sie kann dem Zentrum gefährlicher werden, als seine politischen Lumpereien, die gerade in der begonnenen Session Fortsetzung finden werden, wenn das Zentrum nicht seiner Haltung in den letzten Jahren untreu werden will.

Die Beiseitesetzung des Reichstags bezüglich der Chinawirren, die Handelsvertragspolitik, die Germanisirungspolitik in den Reichslanden und Polen u. s. w., das alles wird die Stellung des Zentrums sehr erschweren. Nur zu leicht wird das Doppelspiel zu erkennen sein, das es mit seinen eigenen Wählern dabei treiben muß. Kein Zweifel, daß es bewilligt, was die Regierung verlangt. Wie es bewilligt, das allein bildet den Gegenstand der Sorge der Zentrumsführer. Doch — der „heilige Vater“ wird wohl auch hierin seinen Rath nicht versagen.

Glücklicherweise hat die Regierung bis jetzt noch keinen zweideutigen sozialpolitischen Gesetzentwurf, der dem Arbeiter auf der einen Seite Zuckerbrot, auf der anderen — Unternehmergüte zeigt, angekündigt. Welch schöne Gelegenheit für das Zentrum, schleunigst einige seiner sozialpolitischen Labenhüter hervorzusuchen und als Initiativanträge zum Heile der Arbeiter einzubringen. Jetzt ließe sich die Scheibe ein wenig nach links drehen. Aber, aber — das Unternehmerthum wacht und sorgt bei der Regierung dafür, daß nichts dergleichen je gesetzgeberische Gestalt annimmt.

Uebrigens will das Zentrum das selbst nicht. Herr Lieber wird sich damit begnügen, in pathetischen Worten voll triefender Moral die Korruption im Reichsamt des Innern „streng zu verurtheilen“, abwartend, ob die Regierung den Grafen Posadowsky auch künftig zu den Ihrigen zählen will. Man begnügt sich füglich, wenn nur der Hauptübelthäter, Dr. v. Woedtke, über die Klinge springen muß.

Die Regierung segelt im Zick-Zack dahin, warum soll da die Politik des Zentrums nicht eine lavierende sein?

Und lavieren wird das Zentrum. Wenn je eine Reichstagssession die Möglichkeit voraussehen ließ, das Zentrum in seiner ganzen Schachergröße und als Regierungspartei zu zeigen, so die jetzt begonnene. Die Regierung hat wider die Verfassung gehandelt, als sie Mittel zum Kriege ohne die Bewilligung des Reichstags ausgab. Noch in den 80er Jahren würde das Zentrum gegen diese Kaltstellung des Reichstages schon vorher so gewettert haben, daß sich die Regierung dergleichen kaum erlaubt hätte.

Man wird vergeblich auf ein ernstes Vorgehen des Zentrums gegen diese Verfassungsverletzung warten. Es ist zu sehr mit der Regierung verstrickt, um mehr als hohle Worte zu machen, die nur für das dumme Volk berechnet sind, der Regierung aber nichts schaden. Bewilligt wird doch — höchstens daß mit einigen Miniatur-Abstrichen geprahlt wird. Also — mit ein wenig Geschrei rechts herum!

Mit Hurra jedoch wird es die Steuerschraube rechts herum drehen, d. h. tiefer ins Volk bohren helfen, wenn der neue Zolltarif zur Berathung gelangt. Weiter kann die volksverachtende Frechheit kaum getrieben werden, als durch die bereits angekündigte Forderung seitens des Zentrums, die Lebensmittel, das Brod des Volkes vertheuern zu wollen. Höhere Getreidezölle verlangt jetzt schon die Zentrumspresse. Das muß mit Riesenlettern dem Volke vorgehalten werden. Diese bodenlose Unverschämtheit einer ehemaligen Oppositionspartei, die heute noch heuchlerisch vorgiebt, die Interessen der Armen, der Arbeiter, zu vertreten, nur um deren Stimmen bei Wahlen zu angeln, wird auch dem fanatisirtesten Gläubigen klar gemacht werden. Schon die Preissteigerung des täglichen Brodes wird dazu beitragen. Nieder mit den Brodwucherern! Dieser Ruf gilt jetzt auch dem Zentrum. Mag es mit den Junkern durch die Forderung höherer Getreidezölle sich um die Gunst der Bauern bewerben, aber bei den Arbeitern muß der Zorn über diese Frechheit und Volksausbeutung den festen Willen erzeugen, nicht zu rasten, bis die Partei, die dergleichen dem Volke zu bieten wagt, ebenso zu Boden geworfen ist, wie die nationalliberale. Das Zentrum wandelt die gleichen Wege, wie jene Partei, die den Liberalismus schmählich verrathen hat.

Wie verächtlich warf einst Windthorst, der geriebenste Führer des Zentrums, den Nationalliberalen den Titel „Partei Drehscheibe“ an den Kopf! O Ironie der Geschichte! Heute paßt der Titel besser für das Zentrum, denn die nationalliberale Partei ist jetzt von den Konservativen nur noch dem Namen nach zu unterscheiden.

Am politischen Rundlauf wird die Zentrumspartei noch manchen volksverblendenden Unfug treiben wollen, aber die Tage ihres Glanzes sind dahin. Es geht abwärts. Mit Kniffen und Pfiffen mag sie ihre äußere Macht, die Stärke ihrer Fraktion noch einige Zeit halten, der innere Niedergang der Partei muß aber endlich auch diese äußere Macht zerrütten.

Die Achtung, die einst die Partei bei ihren Gegnern genoß, ist im schnellen Schwinden — und der religiöse Aufputz läßt sie nur noch widerlicher erscheinen. Einst wird man sich wundern, wie überhaupt ein solches parteipolitisches Zwittergebilde so lange eine Rolle im politischen Leben Deutschlands spielen konnte. Möge diese Zeit nicht mehr so fern sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Chinavorlage und die Reichstagsfraktionen. Im Laufe des Freitags haben die Fraktionen des Reichstages zum größten Theil bezüglich ihrer Stellungnahme zur sog. Chinavorlage Berathung gepflogen. Das Zentrum hat Freitag von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr Nachmittags getagt und gedachte, Sonnabend Vormittag 11 Uhr die Vorlage einer weiteren Besprechung zu unterziehen. Die freisinnige und die deutsche Volkspartei haben die Chinavorlage in der jetzigen Gestalt für unannehmbar erklärt, hoffen jedoch aus der weiteren Ausgestaltung in der einzusetzenden Kommission sowohl wie bei der zweiten und dritten Berathung im Plenum eine brauchbare Form hervorgehen zu sehen. — Was denkt man sich unter einer „brauchbaren Form“? Hier giebt es nur zwei Möglichkeiten: Annehmen oder Ablehnen. Das Zentrum braucht viel Zeit, um eine Begründung für seine übergroße Bewilligungsfreudigkeit zu finden; um so schöner wird sie werden.

Der Kampf um Posadowsky. Die Ankündigung der sozialdemokratischen Interpellation hat das Lager der bürgerlichen Parteien zum Ameisenhaufen verwandelt. Die um Posadowsky scharen sich fester zusammen unter dem Banner des Zuchthauskurses und des Hochschutzzolles. Andere Parteien schwanken wie der Kompaß, wenn er Eisen berührt. Das Herz zieht sie zum Zwölftausend-Mark-Grafen; aber was werden die Wähler dazu sagen? Einen Haupttrumpf spielt das Blatt Stumms aus. Zur Vertheidigung Posadowskys erinnert die „Post“ nämlich an einen Vorgang aus dem Jahre 1883, wo dem Fürsten Bismarck als Handelsminister, nachdem das Abgeordnetenhaus die Bewilligung der für den Volkswirthschaftsrath geforderten 16 000 Mark abgelehnt hatte, zur Deckung der Ausgaben für den letzteren von Privatpersonen namhafte Beträge zur Einrichtung des Volkswirthschaftsrathes zur Verfügung gestellt worden seien. Bismarck habe damals erklärt, er werde diese Beträge gern annehmen, sobald die ganze erforderliche Summe sichergestellt sei.

Der Hinweis darauf, daß Bismarck dem widerspenstigen Reichstag, wie er es öfters that, mit dem offenen Rechtsbruch drohte — ausgeführt hat er ihn in diesem Falle ja doch nicht — wird die aufgeregten Wogen kaum zu glätten vermögen.

Den „Berliner Neuesten Nachrichten“ ist es denn auch äußerst beklommen um's Herz. Sie stöhnen:

> Die wüthenden Preßangriffe der Sozialdemokratie auf alles, was mit der Affaire Posadowsky-Woedtke irgend in Zusammenhang gebracht werden konnte, haben bereits ausreichend verrathen, daß ein planmäßiger Vorstoß der Elemente der sozialen Umsturzbewegung nicht nur gegen den Staatssekretär des Reichsamts des Innern, sondern darüber hinaus gegen die staatlichen und nationalen Institutionen in Vorbereitung ist. Aus der Eile, mit der die Angelegenheit in Form einer Interpellation auf die Reichstagstribüne gebracht werden soll, ist zu ersehen, daß man das Eisen weiter schmieden will, so lange es noch einigermaßen heiß ist. Mit wie extravaganten Plänen aber die Sozialdemokratie in dieser Beziehung sich trägt, kann aus den Aeußerungen des „Korrespondenzblattes der Generalkommission (sozialdemokratischer) Gewerkschaften Deutschlands“ geschlossen werden. Dortselbst heißt es, daß „die politischen Vertreter der Arbeiterklasse im Reichstage“, an deren „Muth und Festigkeit die kommende Session hohe Anforderungen stellt“, die Verpflichtung hätten, die „Mittel der Vorbeugung“ für Geschehnisse nach Art der 12 000 Mark-Angelegenheit zu finden. Aus den weiteren Andeutungen erhellt, daß den sozialdemokratischen Abgeordneten die Rolle zugedacht ist, wie ein strafrichterliches Tribunal über alle abzuurtheilen, die anderer Meinung sind als die „Genossen“.

Das „Berliner Tageblatt“ ist dagegen mit den bürgerlichen Parteien unzufrieden, die der Sozialdemokratie nicht den Wind aus den Segeln genommen haben. Es schreibt:

> Die sozialdemokratische Fraktion hat auch in dieser Angelegenheit wieder einmal die Spitze genommen und die bürgerlichen Parteien geschlagen, die jenen Vorgang ebenfalls mißbilligen. Die Sozialisten scheinen überhaupt in der soeben begonnenen Reichstagssession sich noch mehr als bisher in den Vordergrund schieben zu wollen.

Wir wollen's hoffen! So vergnügt und kampfesfroh wie die Sozialdemokratie geht wohl kein Kanzler, kein Staatssekretär und keine Partei in den Kampf um Posadowsky. — Vermuthlich wird die Interpellation erst am nächsten Donnerstag beantwortet werden.

Von der Pumpwirthschaft der Reichsregierung. Aus der Denkschrift über die erlassenen Anleihegesetze, welche soeben dem Reichstag mitgetheilt ist, ergiebt sich

nach der „Freis. Ztg.", daß an verzinslichen Reichsschuldobligationen bisher begeben worden sind **2378,5 Millionen Mark.** An Krediten verfügt die Reichsregierung gegenwärtig zunächst noch über 32 Millionen Mark Restkredite aus dem Jahre 1899. Dazu kommt der Anleihebedarf aus dem Etatsgesetz von 1900 im Betrage von 80½ Millionen Mark. Die Chinavorlage verlangt dazu 153 Millionen Mark; das ergiebt im Ganzen für den Bedarf des am 1. April 1901 ablaufenden Etatsjahres noch ein Anleihebedürfniß von **263** Millionen Mark. Dazu kommt das Anleihebedürfniß nach dem Entwurf des Etatsgesetzes für 1901 mit 97 Millionen Mark. Zu den hieraus sich ergebenden 370 Millionen Mark kommt dann noch der Anleihebedarf für China, der nach dem 1. April 1901 erwächst. Schulden über Schulden und noch ist kein Ende abzusehen! Was soll das noch werden, wenn so weiter gewirthschaftet wird?

Parlamentarische Anträge. Die Abgg. Rösicke (Dessau) und Pachnicke (FVg.) haben im Reichstag die Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Errichtung von Arbeitsnachweisen beantragt, durch den bestimmt wird, daß auf Antrag und nach Anhörung einer entsprechenden Anzahl betheiligter Arbeitgeber und Arbeitnehmer Gemeinden bezw. weitere Kommunalverbände, insoweit innerhalb ihrer Bezirke kommunale oder gemeinnützige Arbeitsnachweise, die den Vorschriften des zu erlassenden Gesetzes und den örtlichen Bedürfnissen entsprechen, nicht vorhanden sind, durch die Landeszentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung solcher Arbeitsnachweise angehalten werden können, durch den ferner bestimmt wird, daß an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu betheiligen sind. Ein zweiter Antrag will den Reichskanzler ersucht wissen, dahin zu wirken, daß ein Reichsarbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im Deutschen Reiche unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt. Abg. Bassermann (NL.) hat einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die gesetzliche Sicherung der Bauforderungen bezweckt. Ein zweiter Antrag Bassermann verlangt die Einrichtung kaufmännischer Schiedsgerichte nach folgenden Grundsätzen:

1. Diese besonderen Gerichte sind den Amtsgerichten anzugliedern. 2. Die Gerichte bestehen aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden und je einem Prinzipal und einem Handlungsgehülfen als Beisitzern. 3. Die Beisitzer werden mittelst Wahl der Prinzipale und Handlungsgehülfen in getrennter Wahlhandlung bestellt. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. 4. Das Verfahren ist ein beschleunigtes, einfaches, mit geringen Kosten verknüpftes. 5. Den Gerichten sind die Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Dienstvertrag zu überweisen. 6. Die Berufung gegen Urtheile dieser Gerichte ist nur zulässig, wenn der Werth des Streitgegenstandes den Betrag von einhundert Mark übersteigt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß, ihre Anträge bezüglich der Arbeitskammern, der Berufsvereine und der Gewerbegerichte wieder einzubringen, desgleichen über Sicherung des Wahlgeheimnisses. Gleichfalls soll die Regierung über ihre Stellung der Kohlennoth gegenüber interpellirt werden. Außerdem hat sich die Fraktion auch mit dem Jesuitenantrag beschäftigt, dagegen verlautet noch nichts über ihre Stellungnahme zur Chinavorlage. Graf Kanitz und Genossen stellten im Reichstage den Antrag, als Gesetz zur Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 einen einzigen Artikel anzunehmen. § 6 des Zolltarifgesetzes vom 16. Juli 1879 erhält folgende Fassung:

Von zollpflichtigen Waaren, welche aus Staaten herstammen, wo deutsche Waaren einer Verzollung nach dem Werthe unterworfen sind, können, insoweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, statt der tarifmäßigen Eingangsabgaben Werthzölle erhoben werden. Zu diesem Behufe sind die tarifmäßigen Eingangsabgaben auf Hundertheile der vom Statistischen Amt jährlich festzustellenden und zu veröffentlichenden Waarenwerthe umzurechnen. Ueberfteigt der von der Zollbehörde zu schätzende Werth der eingeführten Waaren den vorstehend angenommenen Waarenwerth, so ist dieser höhere Werth der Verzollung zu Grunde zu legen. Zollpflichtige Waaren, welche aus Staaten herstammen, welche deutsche Schiffe oder deutsche Waaren ungünstiger behandeln als diejenigen anderer Staaten, können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, mit einem Zuschlage bis zu 200 Prozent des Betrages des tarifmäßigen Eingangszolles bezw. Werthzolles belegt werden. Tarifmäßig zollfreie Waaren können unter der gleichen Voraussetzung einem Zoll bis zu 40 Proz. des Werths unterworfen werden. Die Erhebung von Werthzöllen und Zollzuschlägen wird nach Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung angeordnet. Diese Anordnung ist dem Reichstage sofort oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Dieselbe ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht ertheilt.

Die Scharfmacherpresse ist schon wieder an der Hetzarbeit. Man sollte es nicht für möglich halten, aber die „Post", der große Schleifstein des Königs Stumm von Saarabien, bekommt es thatsächlich fertig, neuerdings zur Bekämpfung des „Umsturzes" aufzurufen und zwar in unmittelbarem Anschluß an — das „Attentat" der Selma Schnapka (nicht Schnapke) in Breslau. Auch das Stumm-Blatt muß zwar nothgedrungen zugeben, daß jede politische oder kriminalistische Bedeutung des Falles ausgeschlossen ist, aber das entbinde keineswegs von der Verpflichtung, Attentaten besser als bisher vorzubeugen. Und damit ist dann die gewünschte Anknüpfung zu einer freisinnigen Umsturzhetze gegeben: „Die geistige Verfassung, aus der anormale Naturen oder im Banne der Lehre der Propaganda der That befangene Menschen zu Attentatsgedanken gelangen, wird zweifelsohne durch die planmäßige Verhetzung gegen unsere ganze Staats- und Rechtsordnung und dem zufolge deren vornehmste Repräsentanten erzeugt, deren sich nicht bloß der Anarchismus, sondern in ungleich gefährlicherer Weise die Sozialdemokratie in Wort und Schrift in letzter Zeit mit besonders scharfer Zuspitzung gegen die Person des Kaisers befleißigt." Und so weiter. Es verlohnt sich nicht, solche perfide Machenschaften ernsthaft zurückzuweisen. Der Geisteszustand von Leuten, die dieses „Attentat" zu politischen Zwecken auszubeuten unternehmen, ist nicht viel weniger bedenklich, als der der furiosen Selma Schnapka, an Gemeingefährlichkeit übertrifft er ihn. Von dem Zwischenfall in Breslau werden in den dortigen Blättern noch allerlei Einzelheiten mitgetheilt, aus denen wir die folgenden wiedergeben:

Der Wurf mit dem Beile war so schnell erfolgt, daß Niemand der Frau hatte in den Arm fallen können. Dann aber wurde sie sofort von einem neben ihr stehenden Herrn G. gepackt, der sie fragte, wie sie sich habe unterstehen können, nach dem Kaiser zu werfen. Die Frau gab zur Antwort, sie sei in Berlin gewesen und dort habe ihr der Kaiser gesagt, sie solle sich ums Leben bringen. Auf eine weitere Frage des Herrn G. erwiderte sie jedoch: „Das geht Sie gar nichts an, Sie sind ja Jude!" Die Attentäterin wurde, nachdem die Polizeibeamten die Namen der Augenzeugen notirt hatten, zuerst nach der nächsten Polizeiwache und dann nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Am Sonnabend stand die Attentäterin Selma Schnapka vor dem Breslauer Schöffengericht, um sich wegen Beleidigung eines Schutzmannes, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und ruhestörenden Lärms zu verantworten. Sie war am 20 September d. J. auf eine Polizeiwache bestellt, um eine wegen einer Gewerbe-Kontravention über sie verhängte Haftstrafe von einem Tage zu verbüßen. In der Wachtstube soll sie sich nun so ungebührlich betragen haben, daß die oben angedeutete Anklage gegen sie erhoben worden ist. Als sie vor dem Schöffengericht den Vorfall in der Wachtstube erzählen sollte, gerieth sie in große Erregung, schimpfte in drastischen Ausdrücken auf alle Schutzleute und behauptete, sie sei damals nur auf die Polizeiwache bestellt worden, weil man sie heimlich in der Zelle habe umbringen wollen. Auf die Frage, ob sie gestern ein Attentat auf den Kaiser versucht habe, antwortete sie mit einem gewissen Stolze: „Ja!" und gab als Motiv der That an, daß sie seit langer Zeit auf Betreiben der Kaiserin heimlich verfolgt werde. Der Gerichtshof beschloß die Sache zu vertagen und die Angeklagte ärztlich auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Nach der „Schlesischen Zeitung" hat ein Amateur-Photograph, ein in dem Hause Garten-Straße 94 wohnender Kaufmann, eine Aufnahme des kaiserlichen Wagens, als er passirte, gemacht, und dabei zufällig den Moment des Ueberfalls mit aufgenommen, so daß der Vorgang photographisch fixirt ist. Auf dem Bilde sieht man deutlich die hart an den kaiserlichen Wagen herangesprungene Schnapka, wie sie hoch erhobenen Armes im Begriff ist, ihr Beil zu schleudern. Es dürfte wohl bisher noch nicht vorgekommen sein, daß ein Attentat photographirt worden ist.

Wer nicht stehen bleibt, wird erschossen. Der ostasiatische Kriegsberichterstatter der „Kölnischen Zeitung" berichtet:

„Ich habe von Fällen abgekürzten Gerichtsverfahrens und Massenerschießungen gehört — von den befehlhabenden Offizieren selbst gehört — die bei ruhiger Ueberlegung wohl einen anderen Ausgang gefunden hätten. Aber es scheint, als ob die unerhörte Verwüstung Tungtschous, die Tientsin und alles andere weit, weit hinter sich läßt, nicht ohne bedenklichen Einfluß auf den Seelenzustand derer bliebe, die in dieser grauenvollen Umgebung leben müssen. Wer auf Anruf — sei es nun russisch, deutsch, französisch, hindustanisch oder japanisch — nicht steht, wird angeschossen. Was davon einen Zopf trägt, wird den Boxern auf die Liste gesetzt. Der tägliche Anblick verwesender, aufgedunsener Menschenleichen, die auf offener Straße von Ungeziefer zerfressen und von wildernden Hunden zerfetzt werden, kann natürlich auf die Dauer nur abstumpfend und verrohend wirken, und die Gelegenheit, Möglichkeit oder (durch Befehl gegebene) Nothwendigkeit, auf wehrlose Menschen anzulegen, wird nur Ausnahmemenschen seelisch unbeschädigt lassen."

Die Czinesen sind also wirklich vogelfrei! Wer von ihnen, selbst wenn er unbewaffneter, friedlicher Einwohner ist, auf den ihm unverständlichen Ruf eines der Kreuzzügler nicht stehen bleibt, der wird „angeschossen". Daß solche Schießerei eine Truppe demoralisiren, verthieren muß, das glauben wir dem Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung" aufs Wort. Daraus müssen ja Hunnenthaten erwachsen.

Der zünftlerisch-reaktionäre Handwerkertag, der in Berlin versammelt war, hat am Freitag noch eine schutzzöllnerische Resolution beschlossen. Ein Antrag der Handelskammer in Köln wurde angenommen, daß diejenigen einzuführenden Rohmaterialien, deren Erzeugung im Inland in unzureichendem Maße erfolgt, mit niedrigen Zöllen, dagegen die Halb- und Ganzfabrikate des Auslandes, die eine erhebliche Schädigung deutscher Arbeit im Gefolge haben, mit „entsprechenden" Eingangszöllen belegt werden. Diese Bestrebungen kehren sich besonders gegen die Einführung schweizerischer Tischlerwaaren und Steine. Am Sonnabend verhandelte der Handwerkertag über den Beschlußnachweis. Nach einer langen Debatte wurde in namentlicher Abstimmung ein Antrag des Referenten Metzgerowitz-Fulda von der hessischen Handwerkskammer mit 31 gegen 15 Stimmen angenommen, wonach die Frage von der Tagesordnung abgesetzt und nach gründlicher, eingehender Berathung in Volksversammlungen für den nächsten Handwerkskammertag vorbehalten bleiben soll. Sodann wurde ein Antrag der Leipziger Handwerkskammer angenommen, dahin zu wirken, daß die Groß- und Mittelbetriebe, welche sich mit der Herstellung handwerksmäßiger Arbeiten befassen, bei welchen also eine gewerbsmäßige oder handwerksmäßige Ausbildung der Hilfskräfte die Voraussetzung zur Arbeit bildet, von dem eventuellen Zwange, den Innungen anzugehören, befreit werden. Der nächste Handwerkskammertag soll in Hannover stattfinden. Hierauf folgte eine lange Streiterei, ob Berlin in den Ausschuß gewählt werden soll. Stadtrath-Arnsberg beantragte, Berlin nicht zu wählen. Zünftler-Obermeister Fischer-Berlin erwiderte, Berlin sei für die Handwerkerbewegung schon thätig gewesen, als der Vorredner noch die Kinderschuhe trug. Schließlich wurde Berlin neben Lübeck, Dortmund, Breslau, Dresden, München und Darmstadt in den Ausschuß gewählt. Der Handwerkskammertag entschied sich ferner dahin, daß statt Zwangsinnung Pflichtinnung gesagt werden soll. Damit werden die Zünftler die Abneigung gegen die Zwangsinnungen auch nicht beseitigen. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, nach dem unzweifelhafte Handwerksbetriebe von der Eintragung in das Handelsregister frei sein sollen. Sodann wurde ein dreigliedriger Ausschuß zur Vorberathung von Anträgen zu der Gewerbeordnungsnovelle gewählt und darauf der Handwerkskammertag geschlossen.

Zur Denunziation des Stadtverordneten Marggraff wegen Majestätsbeleidigung werden merkwürdige Mittheilungen veröffentlicht. Der an den Stadtverordnetenvertreter Dr. Langerhans gerichtete Brief mit der Mittheilung von dem Verfahren gegen Marggraff trug die Unterschrift „Stockmann". Der Führer der Berliner Antisemiten und Konservativen, Oberpostassistent Stockmann, hat Herrn Marggraff die ehrenwörtliche Versicherung gegeben, daß von ihm der Brief nicht herrühre. Wie die Berliner Blätter weiter hören, trägt die Denunziationsschrift die Unterschrift „Professor Dr. Irmer." Auch in diesem Falle nehmen die Blätter als sicher an, daß es sich hier um einen gemeinen Mißbrauch des Namens des Landtagsabgeordneten Dr. Irmer handelt, der bekanntlich seit Jahresfrist Redakteur der „Kreuzzeitung" ist.

Ein Zentrums-Ukas. Den Erörterungen in der Zentrumspresse über die christlichen Gewerkvereine soll ein Ende gemacht werden. Vom Rhein wird der „Frankfurter Zeitung" geschrieben: Nachdem der Ausschuß des Gesammtverbandes der christlichen Gewerkschaften in einer Erklärung betont hat, daß die christlichen Gewerkschaften auch fernerhin interkonfessionell und politisch unparteiisch auf christlicher Grundlage stehen sollen, erging ein Ukas des Augustinus-Preßvereins, der die weitere Diskussion über die Angelegenheit abschneidet. — Der Augustinus-Preßverein kontrollirt die stark verbreitete kleine klerikale Presse, die Kaplansblättchen usw.

Kleine politische Nachrichten. Nach der offiziellen Fraktionsliste zählen in der neuen Reichstagssession die Deutschkonservativen 51 Mitglieder, die Reichspartei 21, die deutschsoziale Reformpartei 10, das Zentrum 106, die Polen 14, die Nationalliberalen 51, die Freisinnige Vereinigung 13, die Freisinnige Volkspartei 27, die Deutsche Volkspartei 7, die Sozialdemokraten 57 Mitglieder, keiner Fraktion angehörig sind 38 Mitglieder. Erledigt sind zwei Mandate: 3. Posen (v. Dziembowski-Bomst, verstorben 15. September 1900), 4. Minden (Hesse, Zentrum, niedergelegt am 27. September 1900). — Laut Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Freiherr von Richthofen, zum Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden. — Zur Wahl in Randow-Greifenhagen, die bekanntlich von sozialdemokratischer und freisinniger Seite beanstandet werden soll, erfährt die „Berl. Ztg.", der preußische Minister des Innern habe bereits angeordnet, daß die Wahlvorstände amtlich zu Protokoll vernommen werden sollen, ob die gerügten Uebelstände (mangelhafte Aufstellung der Wählerlisten) thatsächlich in dem geschilderten Maße hervorgetreten sind. — Die Weingesetznovelle, die dem Bundesrath jetzt zugegangen ist, schlägt folgende Abänderung des bestehenden Gesetzes vor: Dem Paragraphen 1, der die Stoffe aufzählt, die dem Wein nicht zugesetzt werden dürfen, sollen folgende Sätze angefügt werden: Der Bundesrath ist ermächtigt, noch andere Stoffe zu bezeichnen, worauf dieses Verbot Anwendung zu finden hat. An Stelle des Paragraphen 4 des geltenden Gesetzes, der von den unter den Begriff „Kunstwein" fallenden Getränken handelt, sollen neue Bestimmungen treten. In der Novelle wird die Herstellung und der Vertrieb von Kunstwein verboten. In § 6 wird das Verbot von Saccharin als überflüssig aufgehoben. Dagegen soll § 6 Bestimmungen erhalten, die erweiterte Kontrolbefugnisse gegenüber den Weinproduzenten und Weinhändlern geben. Das neue Gesetz soll am 1. Oktober 1901 in Kraft treten. — Herr Eudell, der schneidige Vorsitzende der Posener Landwirthschaftskammer, Major a. D., hat beim Oberpräsidenten der Provinz Posen die Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt. Er hat, wie die „Deutsche Tageszeitung" berichtet, aus der Kasse der Landwirthschaftskammer mit Wissen des Generalsekretärs und Rendanten und gegen Quittung einen „Vorschuß" von 6000 Mk. erhoben. Dieser „Vorschuß" sei, als Zweifel an der Korrektheit des Verfahrens auftauchten, sofort in der noch bestehenden Höhe zurückgezahlt worden. Ob die Zweifel an der Korrektheit des Verfahrens begründet seien, darüber werde die Landwirthschaftskammer zu befinden haben." — Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar haben die Freisinnigen zu ihren bisherigen drei Mandaten ein neues erobert, die Sozialdemokraten zu ihrem einen Mandat ein weiteres erlangt. Ferner haben die Konservativen 16, die Nationalliberalen 10 und das Zentrum 1 Sitz inne. — Die militärischen Ehrenbezeugungen vor dem Kaiser haben nach einer Kieler Meldung eine Aenderung erfahren. Während Militärpersonen zu Fuß vor dem Kaiser Front zu machen haben, besagte die bisherige Dienstvorschrift, daß reitende wie in Wagen fahrende Militärpersonen sich aufzurichten, die Hände still zu halten und den Kaiser anzusehen haben. Jetzt hat der Kaiser bestimmt, daß die in Privatfuhrwerken fahrenden Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften nach Möglichkeit aussteigen und dann Front machen sollen. — Der Redakteur des anarchistischen Wochenblattes „Neues Leben" in Berlin, Tischler Otto Albrecht, der die konfiszirte Nummer vom 11. November gezeichnet hat, ist jetzt von der Polizei verhaftet worden. — Die beiden gemeindlichen Kollegien in Nürnberg haben beschlossen, neuerdings Schritte beim Ministerium zu thun, damit die fakultative Feuerbestattung in Bayern eingeführt und die Errichtung eines Krematoriums ermöglicht werde. — Das Zentrum des hessischen Landtages hat eine Interpellation über das Offenbacher Eisenbahnunglück eingebracht. Die Regierung möge darauf dringen, daß im Rahmen der Bahngemeinschaft die Mißstände beseitigt und die unangebrachte Sparsamkeit ohne Rücksicht auf die finanzielle Wirkung vermieden werde. — Der französische Kultusminister Leygues beschloß, den Bischof von Annecy wegen Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse vor den Staatsrath zu stellen, da er den Geistlichen seiner Diözese aufgetragen hat, bei Leichenbegängnissen keinerlei Fahnen zu dulden, die nicht kirchlich geweiht sind. — Während der „Figaro" die Nachrichten über den Ordensschwindel dementirt, setzt die nationalistische Presse in Paris ihre Anklagen gegen einzelne Minister fort. Der „Gaulois" stellt in Aussicht, daß die Minister Monis und Decrais ihre Demission geben würden. Die „Libre Parole" klagt den Sohn des Kolonialministers Decrais, Jean Decrais, an, welcher als Kabinetschef seines Vaters den Orden der Ehrenlegion verschachert habe. Die Regierung wünscht, wie weiter gemeldet wird, die erste sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um Erklärungen über die Angelegenheit der Ordensverleihungen abzugeben, in welche der Kabinetschef des Kolonialministeriums, verwickelt sein soll. — Die Karlisten, die an der französischen Küste Besuche von Karlisten aus Spanien er-

hielten, sind von der französischen Regierung aufgefordert worden, sich nach dem Inneren Frankreichs zu begeben. — Lord Roseberry hat nach dem „Daily Chronicle" mit Zustimmung aller hervorragenden Mitglieder der liberalen Partei die Einladung erhalten, die Führerschaft der Partei wieder zu übernehmen. Es sei guter Grund für die Hoffnung vorhanden, derselbe werde die Einladung annehmen.

England.

Eine 1000 Millionen Mark-Anleihe. In Londoner Finanzkreisen wird versichert, daß die Regierung beschlossen hat, eine dreiprozentige Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling zur Deckung der Kriegskosten zu machen. Der Emissionskurs soll 96 bis 97 Prozent betragen. — Der Jingoismus wird dadurch, daß es jetzt ihm an den Geldbeutel geht, sicherlich merklich abgekühlt werden.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Die Kampfeslust der Buren scheint infolge der drakonischen Maßregeln der Engländer eher zu wachsen als abzunehmen. Von allen Ecken und Enden des ausgedehnten Kampfgebietes kommen wieder Unglücksposten für die Engländer. „Daily Mail" meldet aus Pretoria, daß starke Buren-Kommandos in der Nähe von Bethlehem aufgetaucht sind; General Delarey ist nach dem Süden aufgebrochen. — Aus Kapstadt meldet dasselbe Blatt, daß die Buren die Eisenbahn an mehr als 20 Stellen gegen Blumfontein und den Oranje-Fluß zerstört haben. In Kapstadt werden Vorkehrungen zum Empfang von Lord Roberts getroffen. — Der „Standard" meldet aus Durban vom 15. d. Mts.: Nach Meldungen aus Standerton ist der dortige Bezirk noch immer beunruhigt. Die dort ansässigen Buren stoßen wieder zu ihren Kommandos. „Daily Telegraph" meldet aus Pietermaritzburg vom 15. d. Mts.: Die englische Garnison von Vryheid ist thatsächlich eingeschlossen. Die Stadt ist geräumt, und es wurde eine Stellung auf den Hügeln, welche den Platz beherrschen, eingenommen. Die Garnison hat auf sechs Monate Proviant. Die „Daily Mail" erfährt aus Kapstadt, daß Schweizer-Reneke, das 36 Meilen von Vryburg im Transvaal liegt, von 1250 Buren unter de Beer anfangs August belagert wurde und daß die Belagerung noch am 7. November im Gange war. Die Garnison besteht aus 250 Mann und hatte genügend Vieh, um bis Weihnachten auszukommen. Kolonel Settle besuchte Schweizer-Reneke vor einem Monat, worauf die Buren abzogen. Als er fünf Tage später seinen Marsch nach Christiania fortsetzte, wurde die Belagerung wieder aufgenommen. Täglich wurde gekämpft, doch hatten die durch einen 5 Fuß hohen Wall gedeckten Vertheidiger nur 1 Todten und 2 Verwundete. Eine zweimalige Aufforderung der Buren zur Uebergabe wurde zurückgewiesen. Einmal nahmen die Buren das 1¼ Meilen entfernte Eingeborenen-Dorf, wurden jedoch von Kolonel Chanier wieder daraus vertrieben. Die Buren plünderten den umliegenden Distrikt. Lord Methuen und Kolonel Settle sollen sich einige Tagemärsche von Schweizer-Reneke befinden. Es sei nicht sehr befriedigend, zu hören, sagt die „Daily Mail" dazu, daß noch eine organisirte Abtheilung von 1250 Buren in diesem Theile des Transvaals sich befinde. Die Taktik der Buren scheine der von den Griechen bei der Belagerung Trojas angewandten zu gleichen. Die Belagerung von Schweizer-Reneke könne auf diese Weise bis zum Ende des Krieges dauern. — Und das sind die nothgedrungenen Bekenntnisse des englischen Kabelmonopols, trotz Zensur und trotz eigener Parteilichkeit. Man mag daraus entnehmen, wie es mit der Kriegslage für die Engländer in Wirklichkeit aussieht.

Lord Roberts selbst berichtet aus Johannesburg vom 16. November: Die Generale Barton und Douglas, ersterer von Potschefstroom, letzterer von Bentersdorp kommend, besetzten am 16. November Klerksdorp ohne Widerstand. Douglas hatte Tag für Tag Geplänkel mit dem Lichtenbergschen Kommando, nahm dabei 15 Buren gefangen und erbeutete viele Schafe und Rindvieh. Lord Roberts meldet ferner von unbedeutenden Angriffen auf britische Patrouillen und Geleitmannschaften, welche an verschiedenen Punkten stattfanden.

Das Reuterische Bureau meldet aus Blumfontein vom 15. November: Die Buren, die Ficksburg besetzt hatten, erwarten, daß Dewet sich mit ihnen vereinigen werde. Dieselben haben eine feste Stellung in den Bergen des Freistaats und sind mit Kleidern und Lebensmitteln für zwei Jahre versehen. Wegen eines gestern in der Nähe von Edenburg stattgehabten Gefechts traf der gestern von Kapstadt fällige Bahnzug erst heute in Blumfontein ein. Die Buren sind vertrieben und die Bahnlinie gesäubert. Es heißt, ein Panzerzug sei in Thätigkeit.

Eine neue Unfreundlichkeit Portugals gegen Transvaal berichtet „Reuters Bureau" aus Lourenzo Marques Der bisherige Generalkonsul der Südafrikanischen Republiken, Witt, wurde amtlich angewiesen, nicht mehr die Flaggen der Südafrikanischen Republik und des Oranje-Freistaates aufzuziehen, da Portugal beide Länder nicht mehr als unabhängige Staaten anerkenne.

Cronje und den übrigen kriegsgefangenen Offizieren und Burensoldaten wird, wie der „Nowoje Wremja" aus St. Helena geschrieben wird, recht ungenügende Nahrung zugetheilt. Cronje speist an einem rohen Brettertisch ohne Tischdecke und Servietten. Tischwäsche und Salzwässer werden nicht gegeben. Das Salz liegt einfach auf dem Tisch. Den 55 Offizieren und über 2000 Soldaten fehlt es auf St. Helena vor Allem an guter Nahrung, besonders an Konserven. Außerdem leiden General Cronje und die Offiziere Mangel an Wäsche, Kleidern und Schuhwerk. — Oberst Schiel, der bekanntlich auch auf St. Helena gefangen gehalten, benutzt seine Muße, um ein Buch zu schreiben, das authentische Darstellungen aus dem Burenkriege enthalten wird und daher ein Schriftstück von bleibendem Werthe darstellen dürfte.

Nach der „Berl. Volksztg." ist es den südafrikanischen Republiken gelungen, trotz der englischen Ueberwachung ihre Staatsarchive in Sicherheit zu bringen. Dieselben seien vor einigen Tagen in einem italienischen Hafen ausgeladen und von zwei Delegirten als richtig und vollzählig in Empfang genommen worden. Die Veröffentlichung der Dokumente, welche die finanziellen Triebfedern und Ziele Chamberlains enthüllen und die Verletzung der Verträge von Seiten Englands sonnenklar beweisen sollen, werde schon in kurzer Zeit erfolgen.

China.

Vom Chinawirrwarr. In London betrachtet man, wie der „Köln Ztg." von dort gemeldet wird, den neuen Erlaß des chinesischen Kaisers über die Bestrafung der Urheber der jüngsten Wirren gegenüber den früheren Erlassen vom 25. und 27. September als Anzeichen, daß der chinesische Hof unter der Befürchtung vor weiterem Eindringen fremder Truppen mürbe zu werden beginnt. Der japanische Gesandte in London erklärte, daß ein Nachgeben des chinesischen Hofes den Bedingungen der Mächte gegenüber wahrscheinlich sei. Andernfalls müsse man freilich zu seinen Bedingungen ein Ultimatum stellen und die Nachgiebigkeit erzwingen. Allerdings müßten auch dann mehr Truppen von den Verbündeten ins Feld gestellt werden, was jedoch keine Schwierigkeit biete. Die Kaiserin werde sich alsdann nach Schentufu zurückziehen, wohin man ihr vor dem Frühjahr, frühestens im April, nicht folgen könne. Weiter könne sie aber keinenfalls fliehen. Die japanische Regierung scheint jedoch anderer Ansicht zu sein wie ihr Londoner Gesandter. Während dieser, wie oben berichtet, in Aussicht stellte, daß die „Verbündeten" event. noch mehr Truppen nach China senden müßten, hat die Regierung in Japan den Krieg bereits satt. Wenigstens meldet die „Köln. Ztg." aus Petersburg, der dortige erste Sekretär der japanischen Gesandtschaft habe sich gegenüber dem Berichterstatter der „Rossija" geäußert, daß die japanische Regierung beschlossen habe, ihre Truppen aus Peking zurückzuziehen. Der Beschluß, heißt es weiter, solle verwirklicht werden, sobald die Verhandlungen darüber zu Ende geführt, wieviel Soldaten in der Residenz zum Schutze der Gesandtschaften zurückbleiben sollten. Wenn neben diesem Punkt eine Einigung zu Stande gekommen sei, würden die japanischen Truppen sofort in ihre Heimath befördert werden. Nach Ansicht Japans würden die bestimmt bis zum Frühjahr dauernden Friedensverhandlungen beschleunigt werden, wenn alle Mächte dem Beispiele Rußlands folgten. Da wird also wohl bald das deutsche Kontingent allein in Peking sein; denn die Hand voll Oesterreicher und Italiener, welche ihm Gesellschaft leisten, zählen kaum mit.

Nach einer Washingtoner Depesche des „New York Herald" ist die amerikanische Regierung der Ansicht, daß das chinesische Edikt vom 13. November betr. die Bestrafung mehrerer hoher Beamter nicht weit genug gehe. Das Kabinett beschloß daher, Conger anzuweisen, er solle darauf bestehen, daß General Tungfuhsiang bestraft werde und die Strafen für einige im Edikt aufgeführte Beamten noch verschärft werden.

Eine Depesche des französischen Generals Voyron aus Taku vom 16. d. M. bestätigt die Besetzung der Grabmäler im Osten und Westen und ebenso die Hinrichtung des tatarischen Marschalls Fantai in Paotingfu. Der Depesche wird hinzugefügt, daß in der Gegend von Paotingfu vollständige Ruhe herrsche, obwohl die Anwesenheit einiger Boxer gemeldet wird. Die Arbeiten zur Vollendung der Bahn nach Hankau schreiten gut fort. Der allgemeine Gesundheitszustand sei gut.

Ueber Tuan wissen die Londoner jetzt wiederum etwas Neues zu berichten, dessen Richtigkeit schwer zu kontrolliren ist. Sie melden aus Schanghai vom 16. November: Prinz Tuan befindet sich gegenwärtig zu Ninghsien in Schansi in Haft. Yühsien wurde in Pinan bei Singanfu verhaftet. — Morgen wird man es sicherlich wieder anders lesen.

Eine Audienz bei Waldersee hatten, wie „Wolffs Bureau" aus Peking meldet, am Donnerstag die chinesischen Unterhändler Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang im Kaiserpalast. Freiherr v. d. Goltz fungirte bei dem Besuch als Dolmetscher. Der Feldmarschall forderte, daß die chinesischen Truppen aus der Nähe des Okkupationsgebietes zurückgezogen würden, dann würden auch weitere Expeditionen unterbleiben.

Nach einer telegraphischen Meldung des Chefs des deutschen Kreuzergeschwaders ist eine weitere Heimsendung von Mannschaften, ausgenommen die mit dem Dampfer „Köln" unterwegs befindlichen, erst im Frühjahr nächsten Jahres zu erwarten.

Nach Meldung des Majors v. Madai aus Taku ist Gefreiter Sebastian Ringhuber vom 2. Seebataillon am Darmtyphus verstorben.

Ueber die „Kreuzzügler" in China wird der „Volksztg." aus Mailand geschrieben: Ueber die Kriegführung der Rache- und Kulturträger in China enthalten die italienischen Blätter aus Berichten von Spezialkorrespondenten und aus Privatbriefen Einzelheiten grausiger Art, sodann Charakteristiken der verschiedenen Truppen, welche nicht als Schmeicheleien gedeutet werden können, aber immerhin als Beiträge zur Völkerpsychologie einiges Interesse bieten. Von den Japanern heißt es, daß diese flinken Zwerge stehlen wie die Raben; sie nehmen aus ihren Quartieren alles mit, sogar die Binsenmatten auf den Fußböden; kurzum, ist das ganze Haus und ist der Garten leer wie eine taube Nuß, so war japanische Einquartierung drinnen. Ist dagegen alles kurz und klein geschlagen, sind von Möbeln und Porzellan nur Trümmer sichtbar, sind die Fenster entzwei und Thüren aus den Angeln gerissen, so haben Engländer und Franzosen dort gehaust und in der Betrunkenheit Kraftkunststücke ausgeführt; „denn diese Soldaten trinken immer Brandy." Die Russen werden der höchsten Unreinlichkeit geziehen; wo sie waren, das riecht man. Den Franzosen macht das Anzünden viel Vergnügen; bei dem Feuer tanzen sie. Die Deutschen ernten Lob für ihre Tapferkeit und Ehrlichkeit, sollen aber an Grausamkeit alle anderen Völker weit übertreffen. Selbstverständlich gelten auch die Italiener nicht als Engel, ihre Schwäche ist die Gewaltthätigkeit in der Minne. So sind ihrer vier, darunter ein Unteroffizier, vor ein Kriegsgericht gestellt worden, weil sie einen Chinesen, ihren Hauswirth, folterten und vor den Augen der Seinigen abschlachteten. Motiv dieser Unthat war die Weigerung des Chinesen, den italienischen Unholden seine zwölfjährige, schöne Tochter herauszugeben. Und alle diese furchtbaren Gräuel ereignen sich 110 Jahre nach dem Erscheinen von J. Kant's berühmten Buche: „Zum ewigen Frieden".

Wie man der „Volksztg." ferner mittheilt, nahm die „Prinzessin Irene" vom Norddeutschen Lloyd am Mittwoch im Hafen zu Neapel eine Kompagnie deutscher Pioniere, 160 Mann und 7 Offiziere, unter dem Befehl des Hauptmanns Hartmann für China an Bord. Außerdem reisten mit dem gleichen Dampfer nach Ostasien drei Militärbeamte und weitere zivile Angestellte. Das Kriegsmaterial für Artillerie, für Pioniere, Brücken- und Eisenbahnbau ist ganz enorm und deutet darauf hin, daß sich die deutsche Militärverwaltung auf eine lange Besetzung des Chinalandes einrichtet.

In Kanton wurden, wie aus Hongkong berichtet wird, 200 bis 300 Häuser durch Feuer zerstört.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 19 November.

Achtung, Arbeiterinnen! Zuzug ist vom Betriebe der Hanseatischen Fisch-Industrie und Aktien-Gesellschaft vorm. Schumacher streng fernzuhalten.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Fischindustrie thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen findet heute Abend um 8½ Uhr im Vereinshause, Johannisstraße 50, statt. Genossin Zietz-Hamburg wird über das Thema „Warum müssen wir uns organisiren?" sprechen. Wir ersuchen unsere Leser, die interessirten Arbeiter möglichst auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Zum Streik der Arbeiterinnen der Maringanstalt der Hanseatischen Fischindustrie A.-G. vorm. Schumacher ist zu berichten, daß bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

-o- **Circus Variete.** Die bunten Bilder im Kaleidoskop haben sich am Freitag wieder geändert. Die Kräfte des fünften Spielplans sind aufmarschirt und buhlen um die Gunst des Publikums, die ihnen denn auch im reichlichsten Maße zu theil wird. Besonders in der Familie Scheffler bringt das Varietetheater wiederum eine Zugkraft ersten Ranges. Es ist erstaunlich, daß es bei der Unmasse der Akrobaten immer noch möglich ist, etwas Neues zu bieten. Hier ist es der Fall. Die Schefflers zeigen mehrere Kraftnummern, mit denen noch niemand hier debutirt hat. Dabei arbeiten sie exakt und elegant. Im zweiten Theile des Programms geben sie unter dem Namen „Les Espagnols" ein spanisches Akrobaten-Potpourri zum besten, das sich ihrer anderen, hervorragenden Nummer würdig anreiht. Etwas völlig Neues bietet die Direktion mit den „Lapuccis" vom Folies Bergere in Paris. Es sind mehrere junge Damen, die sich als elegante Fechterinnen mit dem Florett und Rappier und anderen Fechtwaffen produziren. Mit der Instrumentalistin Anni Oldenburg hat die Varieteleitung sicherlich keinen Fehlgriff gethan. Ihre Vorträge auf dem Cello und der Mandoline werden der Künstlerin stets den Beifall sichern. Valvero malt in 2 bis 3 Minuten jedes gewünschte deutsche Kriegsschiff. Der Knalleffekt seiner Leistungen ist der „Iltis" vor den Takuforts und schließlich eine nachgeahmte Erstürmung dieser Forts. Es ist selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo weite Kreise von der Khakimanie befallen sind, eine derartige Nummer stets des Applauses sicher ist. In Leopold und Falconi besitzt der Zirkus zwei nicht unüble Gesangs-Duettisten; besonders die Dame erfreut durch ihren schönen und gut vorgetragenen Gesang. Aus dem vorigen Spielplan ist der Komiker Rudolf Dessau geblieben, der jetzt die arme Tu-shi, die Kaiserin-Wittwe von China, mimt. Außer den genannten Kräften weist das Programm noch zwei Nummern auf, die Soubrette Frieda Carlo, deren Gesang allerdings mehr Gekreisch ist, und ferner einen Musikal-Clown, der altes in neuer Umhüllung bietet. Zieht man die Bilanz der Leistungen der neuen Kräfte, so ergiebt sich, daß der neue Spielplan den bisherigen nichts nachgiebt und zweifellos seine Zugkraft bewähren wird.

Experimentalvortrag. Am Freitag Abend hielt im Auftrage des Gewerkschaftskartells Herr Laube-Leipzig im Vereinshause seinen zweiten Experimentalvortrag ab. Das große Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Lichtbilder waren infolge der getroffenen Vorkehrungen von einem Umfange und einer Deutlichkeit, daß auch der mit minder guten Sehwerkzeugen begabte Zuschauer zu seinem Rechte kam. Nehmen wir hinzu, daß Herr Laube es gerade meisterhaft versteht, in verständlichster und anziehender Form wissenschaftliche Probleme zu erläutern — die Schilderung der Urweltwunder war eine Musterleistung populären Vortrags — so wird man es begreiflich finden, daß nur eine Stimme des Beifalls herrschte und allgemein das Verlangen nach Abhaltung ähnlicher Veranstaltungen laut wurde. Anerkannt sei an dieser Stelle auch, daß Fürsorge getroffen war, daß jeder Besucher hören und sehen konnte. Somit zweifeln wir nicht, daß die Bemühungen des Kartells, der Arbeiterschaft für ganz geringfügige Vergütung wirklich vorzügliche Unterhaltung und Belehrung zu bieten, von dauerndem Erfolge gekrönt sein werden.

Schlutup. Ihr erstes Stiftungsfest feierte gestern im Lokale des Herrn Tiemann die hiesige Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes. Das Lokal genügte kaum zur Aufnahme aller Gäste, die in fröhlichster Stimmung bis in später Stunde bei einander weilten. Die Arbeiterbewegung am Orte ist jetzt aus den Kinderschuhen heraus, sie wirkt auf die gesammte Bevölkerung, das war das Kennzeichen des gestrigen Festes.

Stockelsdorf. Eine Volksversammlung tagt am Dienstag Abend hierselbst im Lokale des Herrn Paetau in Fackenburg. Landtagsabgeordneter Genosse Paul Hug-Bant spricht über „Die politische Lage und die Sozialdemokratie, unter Berücksichtigung des Oldenburger Landtages." Die wichtige Tagesordnung wird hoffentlich ein volles Lokal erzielen. — Am Mittwoch Nachmittag um 3 Uhr spricht Genosse Hug in Ratekau, während er Abends in Renzefeld referiren wird.

Genossen im Fürstenthum Lübeck! Rüstet Euch zu den Gemeinderathswahlen!

Kiel. Militärjustiz. Der Unteroffizier Göhler, welcher dem Matrosen Czerwinski eine Ohrfeige versetzte, daß das Trommelfell sprang, wurde zu **1 Woche Gefängniß** verurtheilt.

Wismar. Ein Innungsidyll wurde am Donnerstag vor der Schweriner Strafkammer enthüllt. Wegen Untreue und Unterschlagung hatten sich der 74 Jahre alte Bäckermeister Wandschneider und der 65 Jahre alte Bäckermeister Müller von hier zu verantworten. Da der Erstgenannte seit Jahren gelähmt ist, ward der Termin hier abgehalten. Die Angeklagten waren seit nahezu 20 Jahren Vorsitzende bezw. Stellvertreter der hiesigen Bäckerinnung und haben in dieser Eigenschaft die Innungskasse, die Todtenkasse und die Sterbekasse des Unterverbandes der Bäckerinnung für beide Mecklenburg um große Beträge erleichtert und zwar Wandschneider um etwa 4200 Mk., Müller um etwa 13 000 Mk. Die beiden ergrauten Sünder waren geständig. Charakteristisch war, daß Beide einen Theil der fremden Gelder zur Ausrüstung ihrer Kinder verwendet haben. Das Urtheil lautete für Wandschneider auf 1½ Jahre Gefängniß, 2 Jahre Ehrverlust, für Müller auf 3 Jahre Gefängniß, Ehrverlust von gleicher Dauer und sofortige Verhaftung. Die Kontrole der Innung ist natürlich eine äußerst unvollständige gewesen.

Bremerhaven. Das Stadtverordnetenkollegium hat den Antrag unserer Genossen, die Straßenreinigung in städtische Regie zu übernehmen, abgelehnt.

Briefkasten.

H. K. Das sind Geschmackssachen; unsere Mode ist es nicht, unser Blatt auf den Stil der Gerichtszeitung und ähnlicher mit den allerplumpsten Mitteln arbeitender Schanderzeugnisse herabzudrücken. Wir huldigen dem Grundsatze, möglichst Viel und dabei Gutes zu bieten; damit fällt das Breittreten alltäglicher Sensationsgeschichten ohne Weiteres weg. Ein ausgesprochen politisches Blatt kann und darf kein General-Anzeiger sein.

Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 17. November.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1320 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine —, Versandschweine, schwere 53—55 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 45—50 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Durch die Geburt eines **Mädchens** wurden hocherfreut

B. Carsten und Frau.

Danksagung.

Allen Denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Evers für seine trostreichen Worte, sowie den Maschinen- und Dockarbeitern der Koch'schen Werft sage ich im Namen meiner Kinder meinen innigsten Dank.

Christine Kieckbusch,
geb. Thiel.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, die unserer lieben Tochter **Wilhelmine** die letzten Ehre erwiesen, besonders dem Herrn Pastor Evers für die trostreichen Worte am Grabe unserer Tochter sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
S. Pehrson und Frau.

Für die herzlichen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit, besonders dem Vorstand des „Club Fidelitas" sagen wir unsern verbindlichen Dank.

C. Burmeister und Frau,
geb. Bartelmann.

Ein freundliches heizbares Logis
für 2 junge Leute Fischergrube 79.

Logis für einen jungen Mann
Glockengießerstraße 16.

Ein freundliches Logis
zu sofort zu vermiethen
Sadowastraße 10.

Sofort billiges Logis für mehrere Mann
Lindenplatz 14.

Billiges gutes Logis für 1—2 junge Leute mit und ohne Kost Hasenstraße 52.
Nächste Nähe der Koch'schen Schiffswerft.

Arbeiterinnen
werden gesucht.
Hanseatische Fisch-Industrie-Actien-Gesellschaft
vorm. **J. H. Schumacher.**
Zu melden im Contor.

Eine rothbraune Garnitur, Sopha, 4 Stühle für Mk. 38 zu verkaufen
Beckergrube 73, Hy.

1 Sophatisch, Bett- und Bettstelle
billig zu verkaufen
Aegidienstraße 24.

Gefunden am Sonntag Morgen ein **Portemonnaie** mit Inhalt. Abzuholen gegen Insertionskosten bei
Klempau, Gr. Petersgrube 12, 2 Et.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1901

Mit Extra-Beilage
Portrait Liebknechts.
Cart. 60 Pfg. — Porto 10 Pfg.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das neue Invalidenversicherungs-Gesetz in Frage- und Antwort-Form. — 100 Jahre deutscher Städte-Entwicklung. — Der deutsche Flottenbestand und seine Kosten 1898 u. 1900. — Adressen der Fabrikinspektoren, Gewerkschaftsorganisationen, Arbeitersekretariate, Parteileitung 2c. — Die wichtigsten Erfindungen und Entdeckungen. — Ergebnisse der Reichstagswahlen 1898 mit den Nachwahlen bis August 1900.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion in Wort und Bild unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Nachwahlen bis August 1900 2c. 2c.

Der Arbeiter-Notizkalender ist ein unentbehrliches praktisches Nachschlagebuch für Gewerkschafter.

Durch jede Buchhandlung beziehbar.

Buchhandlung Vorwärts
Lenthstr. 2, Berlin SW.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen von Friedr. Meyer & Co.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen von Friedr. Meyer & Co.

Großer Posten Tilsiter Vollfett-Käse
Pfund 30 und 40 Pfg.
H. Wiedow, Engelsgrube 34.

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie

Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung

zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche heilsame Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der

Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weines werden Magenübel meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen scharfen, ätzenden, Gesundheit zerstörenden Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie **Kopfschmerzen, Aufstoßen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit** mit **Erbrechen,** die bei **chronischen** (veralteten) **Magenleiden** um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie **Beklemmung, Kolikschmerzen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit,** sowie Blutanstauungen in Leber, Milz und Pfortadersystem **(Hämorrhoidalleiden)** werden durch Kräuter-Wein rasch und **gelind** beseitigt. Kräuter-Wein **behebt** jedwede **Unverdaulichkeit,** verleiht dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle untauglichen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen.

Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher **Appetitlosigkeit,** unter **nervöser Abspannung** und **Gemüthsverstimmung,** sowie häufigen **Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten,** siechen oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken neue **Kräfte** und **neues Leben.** Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à Mk. 1,25 und Mk. 1,75 in: **Lübeck** in den Apotheken (Depots: Adler-, Löwen- und Sonnen-Apotheke) und in **Crummesse, Steinhorst, Bornhöved, Eutin, Reinfeld, Oldesloe, Schönberg, Ratzeburg, Ahrensbök, Schwartau, Travemünde, Gleschendorf, Hatzfeld, Dassow, Grevesmühlen, Rehna, Blankensee, Nusse, Mölln, Trittau, Ahrensburg, Segeberg, Neustadt, Plön, Lütjenburg, Oldenburg i. H., Neumünster, Heiligenhafen, Eismar, Altona, Hamburg u. s. w.** in den Apotheken.

Auch versendet die Firma **Hubert Ullrich, Leipzip,** Weststraße 82, drei und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und kistefrei.

Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Man verlange ausdrücklich:

Hubert Ullrich'schen Kräuterwein.

Mein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: Malagawein 450,0, Weinsprit 100,0, Glycerin 100,0, Rothwein 240,0, Ebereschensaft 150,0, Kirschsaft 320,0, Fenchel, Anis, Helenenwurzel, amerikanische Kraftwurzel, Enzianwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0.

Oeffentliche Versammlung
am Dienstag den 20. November 1900, Abends 8½ Uhr,
im Concerthaus Fünfhausen.
Tages-Ordnung: Die Handelsverträge und die Agrarier.
Referent: **Herr Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Dr. Wiemer-Berlin.**
Discussion.
Der Vorstand des Vereins der freisinnigen Volkspartei für Lübeck.

Werkzeuge
für jedes Handwerk
nur beste Qualität
J. F. B. Grube
Inh. **Rudolf Köller**
Lübeck, Am Markt.

Hochfeine
Vitello-Margarine
stets frisch.
Königstr. 98 Laden rechts.

Ia. Kirschsaft ohne Sprit,
Flasche 45 Pfg.
empfiehlt
Johs. Breede, Dankwartsgrube 37.

F. W. Lichtenstein, Barbier u. Friseur, Engelsgrube 20.

Guter bürgerlicher Mittagstisch
Ludwigstraße 38.

Journal-Lesezirkel

Sauber! Billig! Gediegen! Täglich!
10 Journale Mk. 3,00 — 10 Journale M. 2,00 — 5 Journale Mk. 1,00 — 5 Journ. M. 1,50
Abonnement vierteljährlich:
Eintritt

von
E. Th. Dawartz
Lübeck, Krähenstrasse 29.

J. Schlichting
Inh.: **W. Rabfoth**
Untertrave 113
empfiehlt
Roth- u. Weiss-Portwein
in anerkannt vorzüglicher Qualität.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Lübecker Besohl-Anstalt
3 Große Burgstraße 3.
Herren-Sohlen Mk. 1,50
Damen-Sohlen „ 1,10
Herren-Absätze 50—60 Pfg.
Damen-Absätze 40—50 „
Kindersohlen mit Absätze je nach Größe von 80 Pfg. an.

Nur Kernleder. Nur Handarbeit.

Große Auswahl
in sämmtlichen Schuhwaaren.
Kinderschuhe von 50 Pfg. an.
Damenschuhe von 1,80 an.
Herrenschuhe von 2,80 an.
Inh. **Aug. Borg.**

empfehle: **Rinderdärme, Gerstengrütze,** sämmtlich. **Gewürze, Essig,** sehr schöne **Kübel zum Salzen, sowie sämmtliche Colonialwaaren.**
August Vietig, Fischergrube 43|45,
Eckhaus Kupferschmiedestr. Fernsprecher 1026.

Die beste Meierei-Butter
ist nicht besser als meine **Margarine, Pfund 60 und 70 Pfg.**
H. Wiedow, Engelsgrube 34.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung
am Dienstag den 20. November
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Eintracht!"

= BALL =
am Sonntag den 25 November
im neuen Saale des Vereinshauses,
Johannisstraße 50/52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Das Fest-Comitee.

Circus Variété
Der neue V. Spielplan.
Lübeck staunt.
Pariser Fechterinnen
10 Welt-Attractionen.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.

Stadt-Theater.
Dienstag den 20. November.
43. Abonnements-Vorst. 8 Dienstags-Abonnem.
52. Vorstellung.
Zum 1. Male.
Der Schlosser.
Volksstück in 5 Aufzügen von Franz Gottscheid.
Mittwoch geschlossen.
Donnerstag den 22. November.
Die kleinen Michu's.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 271. Dienstag, den 20. November 1900. 7. Jahrgang.

Die gesteigerte Konkurrenz im Braugewerbe.

In allen Theilen Deutschlands mehren sich die Klagen über die verzweifelte Lage der mittleren und kleineren Brauereien, die dem Wettbewerb des Großbetriebes nicht mehr Stand zu halten vermögen. Die Berichte der Handelskammern zu Potsdam, Frankfurt a. O., Kottbus, Sorau, Thorn, Halle a. S., Düsseldorf stellen als Folgen der gesteigerten Konkurrenz der Großbrauereien erschwerten und verringerten Absatz, niedrige Preise, Rückgang der Rentabilität und Gefährdung der Existenz fest. Von einer großen Zahl mittlerer, ja selbst größerer Brauereien wird übereinstimmend das Bedenkliche des immer heftiger werdenden, auf die Preise drückenden Wettbewerbes betont und hervorgehoben, daß die üblen Folgen der Konkurrenz nur durch fortgesetzte Ausdehnung des Absatzes einigermaßen ausgeglichen werden könnten. Der Wettlauf um die Kundschaft nöthigt zur Festlegung immer neuer und größerer Kapitalien, da zur Gewinnung neuer Kundschaft es vor Allem nöthig ist, Kredit gewähren zu können. Es haben sich in den letzten Jahren Zustände herausgebildet, die mit Nothwendigkeit zu einer Krise für die mittleren und kleineren Brauereien führen müssen. Durch weitere Zunahme des Bierverbrauches kann sie zwar noch hinausgeschoben werden, die fortwährend stark steigende Erzeugung läßt sie aber unvermeidlich erscheinen. Ein Stillstand im Verbrauche infolge ungünstiger allgemeiner Erwerbsverhältnisse müßte sie sofort nach sich ziehen. Wenn trotzdem gerade die großen Brauereien hohe Dividenden vertheilen, so ist dies nach dem Geschäftsbericht der rheinisch-westfälischen Aktienbrauereien nur die Folge der fieberhaften Absatzsteigerung, die aber ausschließlich noch von den allerleistungsfähigsten Betrieben erreicht werden kann. Die Großbetriebe selbst ruhen und rasten nicht; sie können und dürfen ihrem Ausdehnungsdrang nicht Halt gebieten, sondern vergrößern unerbittlich und rücksichtslos ihr bisheriges Absatzgebiet. Ein Bild für die fortgesetzte Entwickelung einer Großbrauerei bietet die Schultheißbrauerei in Berlin, die nach ihrem jüngsten Geschäftsbericht eine wesentliche Steigerung ihrer Produktionskraft vornimmt und damit auch für die Vergrößerung ihres Marktes mit allen Mitteln wirken muß. Um die Betriebseinrichtungen dem steigenden Absatz entsprechend zu erweitern, sowie unter Berücksichtigung der Erfindungen der Neuzeit und der eigenen Erfahrungen fortgesetzt zu verbessern, hat die Brauerei ihre Betriebsmittel erst jetzt wieder um 3, von 9 auf 12 Millionen Mark vermehrt. Der Vorstand hofft, daß die neuen Mittel die Brauerei in Stand setzen werden, nicht nur die geplanten Erweiterungen und Verbesserungen der Betriebseinrichtungen durchzuführen, sondern auch den Einkauf der Rohprodukte in einem der jeweiligen Konjunktur entsprechenden Umfange vorzunehmen und dadurch einen theilweisen Ausgleich der Preise in den verschiedenen Jahren zu erwirken. Zu solcher Vermehrung der Betriebsmittel entschließt sich die Brauerei, obwohl der Gesammtbierabsatz im Jahre 1899/1900 die enorme Höhe von 849 022 Hektoliter erreicht hat. Die Entwickelung der Produktion der Schultheißbrauerei zeigt nachstehende Ziffern an. Es wurden gebraut:

1870/71	26 000	Hektoliter
1880/81	78 000	„
1886/87	161 000	„
1891 92	403 000	„
1896/97	664 000	„
1899/1900	849 022	„

Die Schultheißbrauerei allein produzirt etwa ein Drittel sämmtlichen in Berlin hergestellten Bieres. Um sich eine Vorstellung von dem ungeheuren Quantum Bier, das die Firma herstellt, machen zu können, sei folgende Rechnung aufgemacht. Da pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland rund 120 Liter Bier getrunken werden, so stellt diese eine Großbrauerei den Konsum von mehr als 700 000 Personen her, während im Durchschnitt aller Brauereien eine einzige Brauerei noch nicht einmal für 5000 Personen das nöthige Bier braut. Die Schultheißbrauerei hat somit die hundertfache Produktionskraft einer durchschnittlichen Brauerei. Im Jahre 1895 waren in dem Betriebe 1837 Personen thätig, und zwar 7 Direktoren, 3 Geschäftsführer, 8 Brau- resp. Malzmeister, 126 kaufmännische, 22 technische Beamte und 1671 Arbeiter. Das Unternehmen besteht aus folgenden Abtheilungen: je 1 Brauereibetrieb ohne Mälzerei in Berlin und Niederschönweide, je 1 Brauereibetrieb mit Mälzereibetrieb in Berlin und Dessau, je eine Malzfabrik in Pankow und Fürstenwalde. Außerdem werden zur leichteren und bequemeren Bedienung der Kundschaft über 36 mit Eiskellereien verbundene Niederlagen und mehr als 19 eigene Ausschanklokale in verschiedenen Theilen des Reiches unterhalten.

Die mittleren und kleineren Brauereien, namentlich in der Provinz Brandenburg, müssen dem ständigen Vordringen gerade dieser größten Brauerei Deutschlands mehr und mehr erliegen. Die Potsdamer Brauereien z. B. machen seit einiger Zeit offen mobil gegen die Schultheißbrauerei, die nicht einmal vor den Grenzen ihres „natürlichen Absatzgebietes" halt macht. Es herrscht namentlich neuestens darüber Erbitterung, daß die seit alter Zeit behauptete Kundschaft der Potsdamer Brauereien in der Stadt Treuenbrietzen beinahe vollständig an die Schultheißbrauerei verloren gegangen ist. Der Konkurrenzkampf, der sich so in Brandenburg zu Ungunsten der kleineren und mittleren Brauereien abspielt, wird aber in gleicher Weise auch in anderen Theilen des Reiches ausgetragen. Ueberall vergrößern die städtischen Großbrauereien ihren Absatz mit Erfolg in der Provinz. Sie errichten Niederlagen in den kleineren Städten und erleichtern den dort ansässigen Wirthen und Bierhändlern den Bezug des Stoffes. Eigene Waggons verkehren regelmäßig zwischen der Brauerei und den Orten mit Bierniederlage. Die Großbrauereien sind dabei in der Lage, billige Preise anzubieten, und reizen damit die Abnehmer kleinerer Brauereien, immer weitergehende Erleichterungen und Zugeständnisse von ihren bisherigen Lieferanten zu beanspruchen, die diese gegenwärtig nicht mehr bewilligen können. Bei einer Abweisung der Ansprüche gehen die Kunden verloren und damit wieder ein Theil ihres ständig sich verkleinernden Absatzes. Gleichzeitig aber hat sich für die Mittel- und Kleinbrauereien eine erhebliche Steigerung der Produktionskosten infolge höherer Arbeitslöhne und der eingetretenen Vertheuerung für Kohle während der letzten Jahre geltend gemacht, während die Großbrauereien dank ihrer maschinell immer vollkommeneren Einrichtungen womöglich noch billiger produziren. So ist der Kampf zwischen Groß- und Kleinbrauereien in einem Stadium angelangt, wo den Bedrängten selbst die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen klar geworden ist: es giebt für sie nur zwei Wege, entweder ganz zu verschwinden oder sich mit anderen Gesellschaften zu verschmelzen; jedenfalls wird der Zug der Entwickelung zum Großbetriebe im Braugewerbe noch schärfer hervortreten als bisher. Fusionen haben in letzter Zeit schon an verschiedenen Orten stattgefunden, so in Berlin, in Frankfurt a. M., in Aschaffenburg u. s. w. In Berlin war es Ende vorigen Jahres namentlich die Verschmelzung der Patzenhofer mit der Moabiter Brauerei, die unter dem Drucke der steigenden Konkurrenz zu stande kam.

Vom Standpunkte der Arbeiterinteressen ist die rasche Entfaltung des Großbetriebes in der Brauerei als durchaus förderlich zu bezeichnen. Es ist einmal Thatsache, daß die Arbeitsverhältnisse in den Großbetrieben günstigere sind als in mittleren und kleinen Unternehmungen, es ist ferner Thatsache, daß in Großbetrieben mit steigender Produktivität höhere Löhne bezahlt werden können und theilweise auch gezahlt werden, es ist endlich nicht zu übersehen, daß der Großbetrieb für den Konsum das Bier billiger und dabei besser zu liefern vermag, wie der kleinere Betrieb. Alle diese Umstände wiegen die nicht zu verkennenden Nachtheile auf, denen die schwachen Unternehmungen während und nach der Dauer des sie schließlich vernichtenden Konkurrenzkampfes ausgesetzt sind.

R. Calwer.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der dänischen Bahnarbeiter, der am 16. Juni begann, ist nun nach etwa fünfmonatlicher Dauer eingestellt worden. Ungefähr 500 Mann waren ausständig. Sie hatten einen Tagelohn von 1,80 Kr. bis 2,40 Kr. und forderten, daß der Staat ihnen denselben Lohn bezahle, als die Privatunternehmer der betr. Gegend. Nach einer Erklärung, die der Minister des Innern, Bramsen, im Frühjahr dieses Jahres abgegeben hat, hätte man glauben sollen, daß es bald zu einer Einigung gekommen wäre. Aber der neue Handelsminister, Baron Juul-Rysensteen, widersetzte sich auf's Aeußerste den Forderungen der Provinz-Bahnarbeiter. Er fürchtete, daß die Lohnerhöhung die Gutsbesitzer auch nöthigen würde, ihren Landarbeitern höhere Löhne zu zahlen. Der Streik wird zum Sommer von Neuem erklärt werden, wenn nicht den Arbeitern ihre geringen Forderungen bis dahin freiwillig bewilligt werden, oder die Volksvertretung die Verwaltung der Staatsbahnen dazu zwingt.

Das Maßregeln von Eisenbahnern wird seitens der Magdeburger Direktion fortgesetzt. In der Hauptwerkstatt Buckau wurde wieder vier Arbeitern, die an der Zusammenkunft in Sudenburg betheiligt waren, die Kündigung bis zum 27. November übermittelt. Wie die „Volksstimme" versichert, gehört nicht einer von den vier Gemaßregelten dem Verband deutscher Eisenbahner an. Die Leute waren an jenem Abend zufällig bei der Zusammenkunft zugezogen und müssen dieses „Verbrechen" mit Dienstentlassung büßen. Es rast der See und will sein Opfer haben.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in den Vorstädten von Magdeburg wurden sämmtliche Sitze der dritten Abtheilung durch die Sozialdemokratie erobert. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Magdeburg besteht nunmehr aus acht Mann, von denen Einer, der Genosse Schmidt, im Gefängniß weilt. In der Altstadt von Magdeburg kommen die Sozialdemokraten voraussichtlich in die Stichwahl. — Bei der Stadtverordnetenwahl in Ronneburg (Sachsen-Altenburg) wurden die von unserer Partei aufgestellten Kandidaten mit großer Majorität gewählt.

Die sozialistische Partei Russisch-Polens hielt vor Kurzem ihren fünften Parteitag ab. Selbstverständlich war der Parteitag geheim. Die letzten Bluturtheile des Warschauer Kriegsgerichts und die unerhörte Brutalität der russischen Regierung gegen die sozialistische Bewegung haben die Partei wiederum vor die Frage gestellt, wie man die Gewaltakte der russischen Regierung beantworten sollte. Die auf dem Parteitage gepflogenen Debatten führten zu dem Ergebniß, daß man die bisherige Taktik beibehalten wird. Der sogenannte „Terrorismus" wurde auch diesmal, als nicht zweckentsprechend, verworfen. Das Zentralkomitee der Partei wurde beauftragt, von Zeit zu Zeit Konferenzen der Agitatoren aus dem ganzen Lande zur Besprechung der Parteiverhältnisse einzuberufen. Die Agitation auf dem Lande soll in Zukunft energischer als bisher getrieben werden. Der 1. Mai soll auch fernerhin durch öffentliche Demonstrationen gefeiert werden. Die weiteren Beschlüsse betrafen die Herausgabe verschiedener polnischer und jüdischer Agitationsschriften. Ein großer Theil der gefaßten Beschlüsse hat konspiratorischen Charakter und darf deshalb nicht veröffentlicht werden.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Zu zwei Jahren Gefängniß wurde am Freitag vom Berliner Schwurgericht der Musiker

Die Rivalinnen.

Roman von E. Labarrière.

(13. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

„Mein Herr," sagte Luise, nachdem sie sich wieder befreit hatte, „das war feig, was Sie gethan haben. Das" . . Ein Schluchzen erstickte ihre Stimme. Eintönig klang der Sang Lisbeths herauf, die eine neue Strophe angefangen hatte.

Während dessen bombardirten die Deutschen Vignecourt; das Haus des Präsidenten Grenduret und das der Frau Flory wurden durch die Granaten fast vollständig zerstört, und nur mit Mühe konnte Thibault, mit Wunden bedeckt und mit einem gebrochenen Beine unter den Trümmern hervorgezogen werden.

Zwischen Valentin und Luise spielte keine Spur von Koketterie mehr, für den Augenblick wenigstens nicht. Sie liebten sich bis zum Wahnsinn, der Zwang, den sie sich anthun mußten, erhöhte nur ihre Liebe. Tante Aurora brachte sie außer sich durch ihren prüfenden Blick. Die kleine Charlotte betrachte sie nicht mehr als ihr Kind, das bischen Muttergefühl, welches sie gehabt hatte, schwand dahin. Der Liebhaber tödtete die Mutter.

So träumten die Liebenden ihren Liebestraum weiter, ohne daran zu denken, daß es ein Erwachen geben könnte, geben mußte. Der Waffenstillstand war unterzeichnet, der Friede mußte in kurzer Zeit folgen. Der Friede . . . und was dann?

An diesem Tage zog Luise Valentin in die Fenstervertiefung. „Der Friede wird sehr bald geschlossen werden," sagte sie mit leiser Stimme. Dein Dienst hier wird dann beendet sein. Was gedenkst Du dann zu thun?"

„Was ich thun werde," anwortete Valentin, „das hängt ganz von Dir ab, Luise."

Während einer Minute tauchten ihre Blicke in einander, sie wurden bleich in dem Bewußtsein des Bevorstehenden.

Dann stürzte Luise mit lautem Aufruf in die sich ihr weit öffnenden Arme Valentins:

„Dein! auf ewig Dein!"

VII.

Sobald Thibault wieder im Stande war, auf seinen Füßen zu stehen, entschloß er sich, nach Tulle zu gehen, um seine Frau zu holen. Das Stillschweigen Luisen's, welches ihm, nachdem die Verbindungen zwischen Vignecourt und der übrigen Welt wieder hergestellt waren, vollständig unerklärlich war, beunruhigte ihn und fügte zu seinen physischen auch noch moralische Schmerzen, welche weit intensiver und grausamer als jene waren.

Mehrere Personen in der Stadt hatten schon, seit die Friedensunterhandlungen im Gange waren, Nachrichten von ihren Freunden und Verwandten erhalten, er allein nur erwartete noch einen Brief, irgend welche Nachricht, die ihn über die Abwesenden unterrichtet hätte. In der ihm aufgezwungenen Muße, auf das Sopha hingestreckt, verlor er sich in alle möglichen Vermuthungen, von einem zum andern überspringend, ohne daß er gewagt hätte, bei einer länger zu verweilen. Der Arzt gebot ihm mit derselben Ruhe, mit der er einem armen Teufel Bordeaux und Braten verordnete, Ruhe und Gelassenheit.

„Mein lieber Herr," sagte er ihm, „wollen Sie geheilt werden oder nicht? Wenn ja, dann muß ich um die größte Ruhe und das Beiseitelassen aller unnützen Aufregungen bitten. Beruhigen Sie sich zum Kuckuck. Wenn Ihrer Frau etwas zugestoßen wäre, wüßten Sie es schon längst. Die schlimmen Nachrichten erfährt man ja immer am schnellsten. Wegen eines verloren gegangenen Briefes, einer Sache, die unter den obwaltenden Verhältnissen so erklärlich, machen Sie sich Sorgen, ohne an die Folgen zu denken. Man giebt sich alle erdenkliche Mühe mit Ihnen, man hütet Sie, wie ein Kind, und, bums stellen Sie alles wieder in Frage Das ist nicht recht von Ihnen. Versprechen Sie mir, hübsch artig zu sein, und in vierzehn Tagen kann ich Ihnen die Erlaubniß geben, abzureisen."

„Ja, ja," sagte seinerseits der Präsident Grenduret. „Seien Sie vernünftig, Thibault! Bedenken Sie, wie leicht es der Fall sein kann, daß, wenn Sie eben abgereist sind, ein Brief eintrifft . . . vielleicht Luise selbst. Sie werden sich alsdann in Ihrem miserablen Zustand auf der Suche nach der Frau befinden, die Sie zu Hause erwartet, und nun ihrerseits in Unruhe um Sie ist; beherzigen Sie das wohl. Ich kenne Luise. Sie würde sich nicht besinnen, Ihrem Beispiele zu folgen. Ich selbst hätte keine andere Wahl, als Euch Beiden nachzulaufen."

Der wackere Mann hütete sich wohl hinzuzufügen, daß er vor innerer Unruhe fast verging und daß er, wäre die Verpflichtung, den Gerichtshof so rasch wie möglich wieder in Ordnung zu bringen, nicht gewesen, sich schon längst selbst auf den Weg gemacht hätte. Aber diese geheimen Gedanken thaten seiner Ueberredungskunst keinen Abbruch, und Thibault, welcher sich noch sehr schwach fühlte, gab nach und verschob die Ausführung seines Planes.

„Hören Sie, Herr Doktor! Wenn ich in vierzehn Tagen keine Nachrichten erhalten habe, reise ich ab und kein Bedenken wird mich dann zurückhalten."

„Gut, in vierzehn Tagen. Keinen Tag früher."

„Und auch keinen Tag später."

Durch Zufall ging die Prophezeiung des Präsidenten Grenduret in Erfüllung. Den nächsten Tag schon kamen Nachrichten an, wenn auch nicht in Form eines Briefes, so doch in der Person der alten Lisbeth, welche mit dem Schlag 12 Uhr in dem Bahnhof von Vignecourt ankam und die kleine Charlotte mitbrachte.

Durch das Coupeefenster hatte die brave Alte bereits die zerstörten Kirchthürme, die Ruinen der ausgebrannten Häuser, die zur Hälfte eingestürzten Mauern, kurz, die

Josef Litzberski verurtheilt, der dem Sohn des Schankwirths Hanke in der Linienstraße die Schirmkrücke so heftig in das Auge stieß, daß der Hanke bald darauf starb. — Bei einem Großfeuer in Gefell, Kreis Ziegenrück, das fünf Wohnungen einäscherte, sind drei Feuerwehrleute durch das Einstürzen eines Schornsteins verunglückt. Einer ist todt, einer ist tödtlich und einer schwer verletzt. — Auf dem unteren Bahnhof in Auerbach (Sachsen) ist Freitag Mittag eine Feldschmiede in Folge einer Dynamitexplosion (?) in die Luft geflogen. Das Bahnhofsgebäude wurde arg demolirt, zwei Bauarbeiter sind getödtet. — Ein Eisenbahnunglück wird aus Westdeutschland gemeldet. Freitag früh halb 7 Uhr ist zwischen Hattingen und Blankenstein ein Güterzug auf eine Rangirabtheilung aufgefahren. Mehrere Wagen sind zertrümmert und in Brand gerathen; eine Lokomotive ist völlig demolirt. Mehrere Personen sollen schwer verletzt sein. Nach amtlicher Meldung gerieth der Packwagen in Brand und verbrannte vollständig. Ein Zugführer und ein Heizer sind leicht verletzt. — Bei dem Hofe Vaneschа in der Thalschaft Lugnetz (Schweiz) wurden drei Schafhirten durch eine Lawine verschüttet. Zweien gelang es, sich selbst herauszuarbeiten; der dritte wurde todt ausgegraben. — Im Bergwerk Geczolfalva (Ungarn) erfolgten nach vorgenommenen Sprengungen Abrutschungen, wodurch vier Arbeiter verschüttet und getödtet wurden. — Ein Racheakt niederträchtigster Art ist in Petersburg verübt worden. Der „L. A." meldet darüber: Im Smolna-Institut ist eine Massenvergiftung verübt worden, wobei nicht weniger als 400 Personen erkrankten. Die Erkrankung begann mit furchtbarem Erbrechen, mit Krämpfen und Lähmung der Respirationsorgane. Zehn Schülerinnen sind besonders schwer erkrankt. Die Vergiftung geschah durch Kuchen, der als Dessert verabreicht wurde. Der Bäcker erklärte, er hätte zur Glasur Carmin benutzt. Es stellte sich heraus, daß ein entlassener Bäckergeselle aus Rache Arsenik in den Teig gethan hatte. Die Untersuchung ist eingeleitet. Sämmtliche Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Genesung. — Furchtbare Szenen haben sich kürzlich in einer finsteren Nacht auf einem türkischen Fahrzeuge abgespielt, das eine ganze türkische Auswanderer-Kolonie auf dem Schwarzen Meere von Rußland nach der Türkei brachte. Dem „B. L.-A." wird darüber aus St. Petersburg gemeldet: Ein schreckliches Drama spielte sich im Schwarzen Meere ab. 37 Türken, Männer, Frauen und Kinder, die in Rußland lebten, wollten das Land heimlich verlassen und wieder in die Türkei zurückkehren. Sie mietheten ein kleines türkisches Fahrzeug mit zwei Führern. Plötzlich erhob sich ein furchtbarer Sturm, das Schiff sank, und in finsterer Nacht ertranken sämmtliche Reisende auf offenem Meere, nur ein Knabe von 15 Jahren wurde gerettet und erzählte von den furchtbaren Szenen, die sich auf dem Fahrzeug abgespielt haben. Die Leichen wurden theilweise an's Ufer geschwemmt. — Von dem über Aerschot in der Richtung nach dem Bahnhofe Schaerbeck (Belgien) fahrenden Frühpersonenzug sprang auf der Strecke ein Wagen aus dem Gleis und wurde zertrümmert. Sechs Personen erlitten zum Theil schwere Verletzungen. Ein Verletzter ist bereits gestorben. — Ein entsetzliches Eisenbahnunglück ereignete sich Donnerstag Nacht, wie schon kurz berichtet, unweit Dax in den französischen Pyrenäen durch Entgleisung des Südexpreßzuges. Die Zahl der Todten wird auf 17 und die der Verletzten auf 30 angegeben. Die meisten Reisenden befanden sich, als die Entgleisung erfolgte, im Speisewagen. Die Lokomotive fuhr über die Böschung noch etwa 200 Meter in das anstoßende Feld. Bisher wurden sieben Leichen, darunter eine Frau, rekognoszirt. Unter den Todten befindet sich der peruanische Gesandte Canevaro, dessen Gattin schwer verletzt ist. Nach einem anderen Gerücht wäre der italienische Spezialgesandte Carnera, der dem König von Spanien die Thronbesteigung des Königs Viktor Emanuel notifizirte, um's Leben gekommen. Ein Todter hat den deutsch klingenden Namen Alfred Elster. — Verschiedene Gebiete in West-Yorkshir (England) wurden am 13. d. M. durch ein Erdbeben heimgesucht. In Skipton ging dem Beben ein fernem Donner ähnliches Geräusch voraus. Die Bewohner vieler Häuser eilten aufgeregt auf die Straße. Allgemein wird bestätigt, daß das Erdbeben mehrere Sekunden gedauert habe. Etwa zur gleichen Zeit wurden bei Balton und Ripon das Rollen und die Erderschütterung bemerkbar. — Wie der „Daily Mail" aus Dawson City berichtet wird, hat eine Familie armer polnischer Juden Namens Gunsberg, die 1898 via Liverpool auswanderte, ein altes Flußbett angetroffen, aus dem sie täglich eine Goldausbeute im Werthe von 8000 bis 9000 Mk. gewinnt. Die Leute haben ein Angebot von 50 000 Pfd. Sterling für ihren Claim abgelehnt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Am 15. November verhandelte die Strafkammer zu Essen wegen Beleidigung des Kaisers und der Kaiserin gegen den Maurer Julius Pastemak aus Horst. Die unter Ausder Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit Verurtheilung des Angeklagten zu zehn Monaten Gefängniß.

Militärjustiz. Vor dem Düsseldorfer Kriegsgericht hatte sich der Sergeant Hangs von der 1. Comp. Regiment 39 zu verantworten. Die Anklage warf dem H. vor, zu Eppeln i. W., woselbst das Regiment manövrirte, den auf Posten befindlichen Füsilier Scholten thätlich angegriffen und schwer mißhandelt zu haben. H., der schon mehrmals, auch wegen unvorschriftsmäßiger Behandlung Untergebener bestraft worden ist, bestritt den ganzen Vorfall. An dem genannten Tage sei er selbst von Civilpersonen mißhandelt worden. Der Füsilier Scholten sagte dagegen mit großer Bestimmtheit aus, daß H. ihn mißhandelt habe. Der Sergeant sei auf ihn, nachdem er Abends gegen ½10 Uhr auf Posten gezogen sei, zugekommen und habe ihn angefahren: „Wo willst Du Lump hin?" und habe ihn am Hals gefaßt. Nachdem Sch. geantwortet, er stehe auf Posten und wisse was er thue, habe ihn der Sergeant gegen den Mund geschlagen, die Unterlippe sei ihm dadurch totol gespalten, der Unterkiefer lädirt und die Zähne gelockert worden. Auf Wache habe er die Sache erzählt, andern Morgens aber habe er, weil ihn der Sergeant so gebeten, die Sache doch nicht an zuzeigen, dem Hauptmann Wellinghoff gegenüber den Fall so geschildert, als ob er auch von Civilisten mißhandelt sein könne. Der Sergeant habe ihm noch versprochen, ihm dafür auf der Montierungskammer mit leichterer Arbeit beschäftigen zu wollen. Jetzt aber, unter Eid, wolle er doch lieber die ganze Wahrheit sagen. H. bestritt alles, auch die Unterredung mit Sch. Die Beweisaufnahme war eine sehr umfangreiche, Zeugen traten auf, die das diametrale Gegentheil bekundeten, so daß der amtirende Richter sagte, einer von Euch muß einen Meineid geschworen haben. Festgestellt wurde ferner durch den Oberstabsarzt, daß Sch. die fraglichen Verletzungen gehabt hat, ferner, daß der Angeklagte an jenem Abend etwas betrunken gewesen ist. Während die Anklagebehörde gegen den Sergeanten 3 Jahre 2 Monate Gefängniß sowie Degradation beantragte, kam das Gericht zu einem freisprechenden Erkenntniß. Das Urtheil bedarf indessen noch der höheren Bestätigung, weshalb der Angeklagte in Untersuchungshaft zurückgeführt wurde.

Prozeß Sternberg. Der Staatsanwalt theilte mit, die sich in Amerika aufhaltende Massense Margarethe Fischer, welche die Mädchen an Sternberg verkuppelt haben soll, und deren Ladung die Vertheidigung beantragte, habe sich bereit erklärt, sofort hierher zu reisen, wenn ihr freies Geleit für sich und ihre Begleiterin, freie Fahrt zweiter Klasse und freie Verpflegung gewährt und ihr 5000 Mk. gezahlt würden. Nach Erörterungen des Staatsanwalts, der Vertheidiger und des Angeklagten, ob es zulässig sei, daß der Staatsanwalt oder der Angeklagte die verlangten 5000 Mk. zahlen, beschloß der Gerichtshof, die Zumuthung einer als Zeugin geladenen Person, gewisse Bedingungen zu erfüllen, zurückzuweisen, namentlich auch die Zumuthung, ihr 5000 Mk. zu zahlen, oder mit dem Angeklagten Sternberg in Erörterung darüber zu treten, ob und in welcher Form dieser zur Hergabe der 5000 Mk. bereit sei. Der Gerichtshof erklärte sich für unzuständig, freies Geleit zu beschließen, und stellte dem Staatsanwalt anheim, die Aufhebung des Haftbefehls gegen Margarethe Fischer herbeizuführen; er, der Gerichtshof sei bereit, die angemessenen und gesetzlichen Gebühren, einschließlich derjenigen für die Mitreise der Gesellschafterin, anzuweisen. Der Staatsanwalt theilte weiter mit, ihm sei ein Artikel der Abendnummer der „Post" zugegangen, nach dem Mittwoch Nacht mehrere Personen durch Geldversprechungen vergeblich versuchten, von einem Angestellten des Blattes den Namen des Verfassers des am 14. November gebrachten, für Sternberg höchst ungünstigen Leitartikels zu erfahren. Nach einer Bemerkung Sternbergs, daß der Artikel aus amtlichen Kreisen zu stammen scheine, und daher der Wunsch seiner Freunde erklärlich sei, den Verfasser zu ermitteln, erklärten die Vertheidiger, sie hätten kein Interesse daran, den Verfasser eines ihnen bisher unbekannten Artikels zu erforschen.

Eine offene Antwort. Als im Reichstage in der vorigen Session von sozialdemokratischen Abgeordneten bei Berathung einer Novelle zur Gewerbe-Ordnung darauf hingewiesen wurde, daß bei Handhabung der Polizeistunde seitens verschiedener Behörden diejenigen Wirthe benachtheiligt werden, die ihre Räume den Sozialdemokraten zur Verfügung stellen, wiederstritt man vom Regierungstisch auf das entschiedenste dieser Behauptung. Wir sind deshalb eines andern nicht belehrt worden, denn das Material ist sehr reichlich, um den Beweis zu führen, wie diese Polizeibefugniß vielfach in einseitiger Weise angewandt und vielen Wirthen schwere wirthschaftliche Schädigung zugefügt wurde. Als ein sehr interessantes Aktenstück dieser Art, in dem die Polizei ganz unverhüllt ihre politische Parteinahme ausdrückt, darf wohl der nachfolgende Bescheid der Prenzlauer Polizei angesehen werden:

Polizei-Verwaltung
J.-Nr. 5335. Prenzlau, 18. Oktober 1900.

Auf Ihr Gesuch vom 15. d. M. erwidern wir Ihnen, daß es abgelehnt wird, Ihnen eine Polizeistunden-Verlängerung zu gewähren.

Wie Sie richtig vermuthen, ist die Kürzung erfolgt, weil Sie Ihr Lokal der sozialdemokratischen Partei zu Vereins-Sitzungen und öffentlichen Versammlungen und damit zur Agitation für deren als staatsumstürzlerisch geltende Bestrebungen hergegeben haben.

Für den Kaisergarten eine ähnliche Beschränkung eintreten zu lassen, hat bisher ein Anlaß noch nicht vorgelegen.

Martens.

An Frau Lydia Bohne hier.

Die Prenzlauer Polizeiverwaltung scheint nicht zu wissen, daß nach der preußischin Verfassung alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind. Vielleicht stellen unsere Prenzlauer Parteigenossen der dortigen Hochwohllöblichen ein Exemplar der Verfassung zu, damit sich die Verwaltung besser unterrichtet.

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Vor mehreren Jahren wurde die Tochter des Schuldirektors Eichhorn in Leipzig zu einer empfindlichen Gefängnißstrafe verurtheilt, weil sie, ohne Auftrag zu haben, mit gefälschten Listen für die innere Mission gesammelt und das Geld für sich verwendet hatte. Die Sache erregte um so größeres Aufsehen, als sich der hochgeachtete Vater des Mädchens unmittelbar nach dessen Inhaftnahme entleibte. Jetzt hat der Gatte der Eichhorn, die sich nach Abbüßung ihrer Strafe verheiratete, die Wiederaufnahme des Verfahrens durchgesetzt mit dem Erfolg, daß das Gericht auf nachträglichen Freispruch erkannte, weil als erwiesen angenommen werden mußte, daß die That in unzurechnungsfähigem Geisteszustande begangen worden war.

„Ungeeignete Grabschrift." Unter dieser Stichmarke schreibt man der bündlerischen „Deutschen Tagesztg." aus Dortmund: Einem verstorbenen sozialdemokratischen Redakteur sollte auf einem hiesigen Friedhofe ein Grabstein gesetzt werden mit folgender Inschrift:

„Wir hämmern, was wir schmieden,
Die Freiheit und den Frieden.
Nicht droben erst, hienieden
Soll jeder glücklich sein."

Die betreffende Friedhofsbehörde hat das Anbringen der Inschrift nicht gestattet. — Zweifellos handelt es sich um die Grabschrift für unseren verstorbenen Parteigenossen Theiß, den langjährigen Redakteur des „Bruder Schmied" und Reichstags-Kandidaten für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Plön-Oldenburg.) Genosse Theiß war auch freireligiös. Unergründlich ist es für uns, wie man die Grabschrift für den freiligiös gesinnten beanstanden konnte.

Die Opfer des D-Zug-Brandes bei Offenbach heißen nach amtlicher Feststellung: 1) Dr. Bruno Freitag, Direktor der Munitionsfabrik Sallier u. Bellot in Schönebeck; 2) Hedwig Jüngermann aus Berlin; 3) Kaufmann Emil Klein aus Mainz; 4) Ida Pochhammer aus Lausanne, Besitzerin eines Pensionats für junge Mädchen; 5) Dr. jur. Peter Wilhelm Fuchs aus Homburg v. d. H.; 6) dessen Ehefrau Elsa, geborene Kuhne, daselbst; 7) Staatsrath Peter von Fedoroff aus Tambow; 8) Kaufmann Josef Feidel aus Frankfurt a. M.; 9) Ehefrau des Direktors Ernst Hoffmann aus Mainz; 10) Dienstfrau Ida, geborene Reinhardt, Wittwe des Kaufmannes Ueberlein aus Berlin; 11) und 12) die beiden Russen, deren Personalien noch nicht festgestellt sind.

Der Kartenbrief geht in seiner Verwendung immer mehr zurück. Während im Jahre 1898, dem ersten vollen Kalenderjahre nach seiner Einführung, noch über acht Millionen abgesetzt worden waren, wurden im Jahre 1899 nach Ausweis der amtlichen Statistik nur noch 4 299 136 Stück, also nicht viel mehr als die Hälfte abgesetzt. Was Das heißt, wird klar, wenn man bedenkt, daß der Verbrauch von Fünfpfennigpostkarten in den beiden Jahren von 538 auf 653 Millionen gestiegen ist.

---

ganze durch das Bombardement angerichtete Zerstörung wahrgenommen.

Auf dem Perron redete sie ein Beamter an.

„Sieh da, Fräulein Lisbeth. Sie werden hier große Veränderungen finden. Ihre Herrschaft ist ausgezogen, wissen Sie es schon? Ja, große Veränderungen."

Herr Grendurei bewohnte mit seinem Schwiegersohne das Gebäude, wo die Schwurgerichtssitzungen abgehalten wurden; da ihr Haus vollständig zerstört war, hatten sie irgendwie ein Unterkommen suchen müssen.

Lisbeth schien die Nachricht, daß ihr Herr noch am Leben sei, unangenehm zu berühren. Unwillkürlich preßte sie die kleine Charlotte fester in ihre Arme und entfernte sich, ohne ein Wort zu erwidern.

„Ja, große Veränderungen hätte Lisbeth bemerken können, wenn sie dem Bild, das sich vor ihr entrollte, auch nur die geringste Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Die Vorstadt Sankt Justin existirte nicht mehr, auf beiden Seiten der Chaussee waren unregelmäßige Haufen Steine aufgeschichtet, welche eine Art Wall bildeten, der den Anblick der Ruinen verbarg. An einer Ecke des Platzes bezeichnete ein großer schwarzer Flecken den Ort, wo das Haus des Präsidenten gestanden hatte. Bis dahin war Lisbeth raschen Schrittes gegangen, gesenkten Hauptes und ohne auf die Mobilgarden zu achten, die sich herumtrieben und ihr mit einer Bemerkung den Weg frei gaben. Auf dem Platze blieb sie, von einer augenblicklichen Angst ergriffen, stehen. Was sollte sie Thibault sagen? Wie sollte sie ihm Alles erklären?

Sie hatte wohl in der Eisenbahn Zeit gehabt, sich zurechtzulegen, wie sie ihrem Herrn Alles erzählen wollte, und hatte ihre Rede auswendig gelernt. Aber jetzt in diesem Augenblicke hatte sie dieselbe vollständig vergessen. Nichts, nicht ein Satz, nicht eine Silbe fiel ihr mehr ein. Tante Aurora hätte sie doch nicht hindern sollen, Alles zu schreiben. Es wäre doch besser gewesen, als auf die Gegenwart Charlotten's zu rechnen, welche die Heftigkeit des Schlages mildern sollte. Der arme Herr Raoul! Nun, wie Gott will. Sie wollte sagen, was zu sagen war und über die Hauptsache, die schreckliche Thatsache so rasch wie möglich hinwegeilen.

Sie warf noch einen Blick auf die geschwärzten Ruinen, hinter welchen die Bäume ihre verstümmelten Aeste in die Höhe reckten, und setzte dann entschlossen durch ein Labyrinth kleiner Gäßchen ihren Weg nach dem Gerichtsgebäude fort.

Es war dies ein großer Bau, auf dessen First der kaiserliche Adler thronte, mit zwei Seitenflügeln, wovon der eine als Gefängniß diente, während der andere zu Sitzungssälen und Arbeitszimmern hergerichtet war. Das äußere Gitter war geschlossen. Lisbeth erinnerte sich einer Hinterthüre, welche zu den Arbeitszimmern führte. Sie eilte so rasch als möglich dahin, getrieben von dem Bedürfniß, das quälende Geheimniß loszuwerden, der Furcht vor dem Kommenden ein Ende zu machen. Mit energischen Schritten trat sie in die Loge des Beschließers ein.

„Herr Thibault d'Orlanges!"

Niemand antwortete, das Zimmer war leer. Aber während sie noch mit den Blicken Jemand suchte, an den sie sich hätte wenden können, bemerkte sie vor sich an einem Fenster des ersten Stockwerkes, welches geöffnet war, um die warme Frühlingsluft einströmen zu lassen, das Gesicht Thibault's, das aber so bleich, so abgemagert war, daß sie ihn fast nicht erkannt hätte. Ihr Blut stockte. Das ruhig schlafende Kind auf das Bett des Portiers legen, den Hof mit wenigen Schritten durcheilen, eine Thüre aufstoßen und zu den Füßen ihres Herrn niederfallen, war das Werk eines Augenblickes.

„Ah, mein Herr! mein geliebter Herr . . . welch' ein Unglück!"

Thibault hatte sich erhoben und befragte mit angsterfüllten Blicken die Züge der alten Magd und musterte ihren Anzug, in der Angst, an seiner Farbe die Bringerin einer entsetzlichen Trauerkunde zu entdecken, so war ihm der verzweiflungsvolle Schrei zu Herzen gedrungen. Die rothen leuchtenden Bänder der Haube schlossen den Gedanken, an einen Todesfall aber aus, und so glaubte er, der Ausruf der alten Lisbeth gelte dem abgebrannten Hause, seinen gebrochenen Beinen.

„Das macht nichts, Lisbeth", sagte er lächelnd, „gar nichts . . . Wo aber ist sie?"

„In dem Zimmer des Portiers, mein Herr", antwortete lebhaft die Alte. „Fräulein Charlotte ist dort . . . in der Loge."

„Aber sie, meine Frau?"

„Ihre Frau, mein Herr!"

Sie zitterte, bebte, stotterte und wußte nicht, wie sie es ihm beibringen sollte. Es war furchtbar, was sie ihm mitzutheilen hatte.

„Ja, meine Frau", rief mit verdoppelter Energie Thibault. „Nun, wirst Du bald sprechen. Ich will sie sehen, und zwar will ich sie gleich sehen. Verstehst Du?"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.